6. Jahrgang — Nr. 140 Montag, 19. Juni 1922

Volksstimme

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 5802, Eisleben 302 Sprechstunden unserer Eisleben er Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialenexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen. Redaktions-Sprechstunde in Halle: vorm. von 11—12 Uhr.

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 20.50 Mk. und 2.50 Mk. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen oder für Selbstabholer 21.50 Mk. einschließlich Nebengebühr. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 2.00 Mk., jeder Millimeter und Spalte; desgleichen als Reklame im Textteile 10.— Mk. Anzeigentermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Die Einzelnummer der „Volksstimme" kostet 1.50 Mark.

Koalitionskrise?

Der Kampf um den Brotpreis.

Reichstagsneuwahlen im August? Die Grenzen der Koalition.

Der Kampf um die Getreideumlage, der heute im Reichstag mit der ersten Lesung der Regierungsvorlage beginnt, wird kurz sein. Spätestens in zehn Tagen wird man wissen, woran man ist und danach seine Entschließungen treffen können.

In diesem Augenblick ist festzustellen, daß die Regierungsvorlage, die auch für das kommende Wirtschaftsjahr eine Getreideumlage von 2½ Millionen Tonnen vorsieht, ernstlich gefährdet ist. Die Rechtsparteien, einschließlich der Bayerischen Volksparteien, sind geschlossen oder fast geschlossen gegen sie. Teile des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie, deren Größe einstweilen noch unbestimmbar ist, stehen

unter der Fuchtel des agrarischen Terrors

und wollen gleichfalls gegen die Vorlage stimmen. Zu ihnen gesellen sich einige Fanatiker der sogenannten freien Wirtschaft, die bereit sind, auf ihren Prinzipiftzen die deutsche Volkswirtschaft zu Tode zu reiten. Was die Unabhängigen und die Kommunisten machen werden, weiß man nicht. Es ist möglich, daß sie die Vorlage als nicht weitgehend genug ablehnen werden, und das hätte dann eine ganz andere Wirkung als im Vorjahr, wo die Sozialdemokratische Partei die gleiche Haltung einnahm. Denn jetzt ist die Rechte entschlossen, sich für das Getreide den Weltmarktpreis zu erkämpfen, und die Ablehnung der Vorlage durch die äußerste Linke würde keine andere Wirkung haben als die, die Agrarier an das erseßnte Ziel zu bringen. Trotzdem bleibt ihre Haltung ganz ungewiß.

Fällt die Getreideumlage, oder wird sie so verwässert, daß sie ihre Wirkung verliert,

dann steigt der Brotpreis in kurzer Zeit auf 40—45 M.

Er wird dann das Zweieinhalbfache bis Dreifache des gegenwärtigen Preises für Markenbrot betragen. Löhne und Gehälter werden notwendigerweise diesen wahnsinnigen Sprung nach oben wenigstens zum Teil mitmachen müssen. Das ergibt dann die Notwendigkeit, neue papierene Zahlungsmittel zu schaffen, die Inflation zu vermehren, die Schraube ohne Ende weiter zu drehen. Eine wirtschaftliche Katastrophe wäre dann so gut wie gewiß, eine politische wenigstens nicht unwahrscheinlich.

Für eine solche Entwicklung der Dinge kann die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung nicht übernehmen. Fällt die Getreideumlage, so muß die Sozialdemokratie von der Regierung verlangen, daß sie sofort an das Volk appelliert, einer Regierung, die diese Forderung nicht erfüllt, müßte sie den Rücken kehren, um alsbald den allerschärfsten Kampf gegen sie zu eröffnen. In allen politischen Kreisen ist man daher überzeugt davon,

daß die Ablehnung der Getreideumlage die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen bedeuten würde,

die spätestens Ende August vorzunehmen wären.

Die Aussicht auf Neuwahlen ist für keine Partei, rechts oder links von der Sozialdemokratie, lockend. Sie würden alle von vornherein mit gebrochener Front in den Kampf einrücken. Wie will das Zentrum, wie will die bürgerliche Demokratie einen solchen Kampf führen, wenn ein Teil der eigenen Partei gegen den anderen steht? Aber auch die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei würden in des Teufels Küche geraten. Ihren städtischen Wählern würde es wie Schuppen von den Augen fallen, wenn die Deutschnationalen und die Volksparteiler in einem Reichstagswahlkampf für eine geradezu wahnsinnige Verteuerung des Brotes kämpfen würden, die Sozialdemokraten aber gegen sie. Bei den letzten Wahlen haben Millionen kleiner Leute in den Städten, denen es zum Teil noch schlechter geht als den Industriearbeitern, für die Rechtsparteien gestimmt, weil sie sich von der nationalistisch-monarchistischen Phrase berauschen ließen. Diesem Rausch würde der schönste Katzenjammer folgen, wenn nun aus allen Phrasenhüllen der materielle Kern zum Vorschein käme:

Brotpreis 40—45 M.!

Daß in einem solchen Falle den Rechtsparteien ihre städtischen Wähler in hellen Haufen davonlaufen würden, ist unbedingt gewiß.

Auch links von der Sozialdemokratie kann man die Nachricht von der Möglichkeit bevorstehender Wahlen nur mit Schrecken vernehmen. Die Organisation der USP. ist zerrüttet. Ihre Finanzen sind in einem verzweifelten Zustand. Die Partei ist durch innere Gegensätze zerrissen. Seide zu spinnen hätte sie bei Neuwahlen nicht. Und das gleiche trifft selbstverständlich für die Kommunisten zu, die nur sich selber wichtig sind. Im übrigen ist es ziemlich gleichgültig, ob von diesen Schwätzern ein paar mehr oder weniger im Reichstag sitzen.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß unsere Partei die einzige ist, die keine Angst vor Neuwahlen hat und keine zu haben braucht. In der Stärke und in den Aussichten der Sozialdemokratie für den Fall eines Wahlkampfes liegt eine gewisse Gewähr dafür, daß doch noch eine Verständigung gefunden werden und daß die Getreideumlage in einer für uns annehmbaren Form und mit unseren Stimmen zur Annahme gelangen wird. Eine Sicherheit dafür besteht aber keineswegs. Der Reichslandbund entfaltet eine fieberhafte Agitation gegen die Getreideumlage, und der Grad ihrer Wirkung auf die bürgerlichen Koalitionsparteien läßt sich, wie gesagt, noch nicht übersehen. Es muß also, so lange die Dinge im Reichstag nicht geklärt sind, die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung aufs ernsteste ins Auge gefaßt werden. Je deutlicher die bürgerlichen Parteien und die Unabhängigen erkennen, daß die Sozialdemokratie nicht mit sich spaßen läßt und entschlossen ist, für den Fall einer Ablehnung der Getreideumlage Neuwahlen zu erzwingen, desto mehr werden sich die Aussichten für eine glatte und einigermaßen zufriedenstellende Lösung im Reichstag bessern. Wir müssen aber zeigen, daß wir nicht nur drohen, sondern auch erforderlichenfalls bereit sind, unsere Drohungen in die Tat umzusetzen. Solange die Getreideumlage nicht angenommen ist, gilt für unsere Partei die Parole höchster Alarmbereitschaft.

Poincare bei Lloyd George.

Die politische Reise Poincarés. — Es finden wichtige Erörterungen statt.

London, 19. Juni. Wie Reuter erfährt, wird heute nachmittag zwischen Lloyd George und Poincaré nach dem Frühstück, das Lloyd George gibt, eine Besprechung stattfinden. Für die Besprechung ist noch kein endgültiges Programm festgesetzt, doch werden wahrscheinlich die Fragen des nahen Ostens und die Haager Konferenz sowie die deutschen Reparationen, wie sie sich nach der Entscheidung des Bankierausschusses darstellen, besprochen werden.

Das Reparationsproblem.

Paris, 19. Juni. Der Sonderberichterstatter des Temps übermittelt seinem Blatte die Nachricht, daß das Reparationsproblem zum Gegenstand eines Meinungsaustausches gemacht werden würde. Man werde vielleicht die von Sir Robert Horne und Sir Blackett ausgegangenen Vorschläge wieder aufnehmen, nach denen Frankreich seine Schulden bei England und Amerika in Schatzscheinen der Serie C begleichen könne. Auf diese Weise würden Frankreichs Schulden bei den Alliierten zu gleicher Zeit aber auch die deutschen Schulden entsprechend herabgesetzt, weil die Engländer und Amerikaner, so weiß der Berichterstatter des Temps zu berichten, die Obligationen der Serie C für wertlos halten. Selbstverständlich sei ein solches Abkommen nur mit amerikanischer Zustimmung möglich. Es gebe aber ein Mittel, das Ziel zu erreichen, wenn nämlich allgemein für wünschenswert erklärt würde, das Reparationsproblem mit der Frage der interalliierten Schulden zu verknüpfen.

Berlin, 19. Juni. Der Garantieausschuß ist gestern aus Paris hier eingetroffen und wird heute mit den zuständigen Stellen verhandeln.

Französischer Nationalistenterror.

Monarchistische Sprengkolonnen in einer pazifistischen Versammlung.

Paris, 19. Juni. Gestern abend hat eine von den Anhängern des Abgeordneten Marc Sangnier einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die internationale Pflicht Frankreichs" stattgefunden. Royalisten sprengten die Versammlung und ließen Sangnier nicht zu Worte kommen. Dieser wurde dicht am Kopfe verletzt. Trotzdem konnte die Versammlung etwas später wieder eröffnet werden. Sangnier sprach über die Versöhnung und die Solidarität der Völker Europas. Poincaré war der Einladung zu einer öffentlichen Diskussion in dieser Versammlung nicht gefolgt.

Reichsrat und Getreideumlage.

Eine Umlage von 2½ Millionen Tonnen beschlossen.

Wir brachten bereits in unserer Sonnabend-Nummer eine kurze Notiz über den Beschluß des Reichsrates zur Vorlage der Regierung über die Getreideumlage für 1922. Die Ausschüsse des Reichsrates haben lange und eingehend über die Vorlage beraten und sich schließlich auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahr eine Umlage von 2½ Mill. To. In der Vollsitzung ist der Reichsrat mit großer Mehrheit den Beschlüssen seiner Ausschüsse beigetreten. Er stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein gesichert ist auf dem Wege der Umlage. Das Ziel, die Bevölkerung ohne zeitliche und örtliche Stockung zu einem stabilen und erträglichen Preis in genügender Weise mit Brot zu versorgen, sei nur auf dem Wege der Umlage zu erreichen. Der Gesetzentwurf hat jedoch gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Aenderungen erfahren, indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen mancherlei Härten ausgeglichen wurden und in manchen Punkten der Landwirtschaft Entgegenkommen gezeigt wurde. So ist vor allem vorgesehen, daß die Länder bei Festsetzung des Liefersolls auch die sonstige landwirtschaftlich genutzte Fläche einbeziehen können, wobei bis zu 5 Hektar freibleiben können. Der Kreis der versorgungsberechtigten Bevölkerung ist durch Ausschluß der vermögenden Bevölkerungsteile beschränkt worden. Des weiteren wurden vor allem in den Richtlinien für die Ober- und Unterverteilung der Umlage Gesichtspunkte aufgenommen, die eine gerechtere Verteilung sichern sollen. Auch ist die Zuziehung von Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher bei der Verteilung vorgesehen. Eine größere Oeffentlichkeit des Verteilungsverfahrens ist durch die örtliche Auslegung von Listen vorgesehen, die vor der endgültigen Festsetzung des Liefersolls das in Aussicht genommene Liefersoll angeben. Ein Antrag Bayerns, der Landwirtschaft noch eine Brücke zu freiwilliger Lieferung zu schlagen, fand wie bereits in den Ausschüssen aus praktischen Vollzugsgründen keine Mehrheit. Besonderes Gewicht wurde der Preisfrage beigemessen. Im Gesetz ist vorgesehen, daß die Reichsregierung die Umlagepreise nach Anhörung eines Ausschusses festsetzt, der aus Mitgliedern des Reichsrates, des Reichstags, Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucher zusammengesetzt ist.

Die Umlagepreise werden wesentlich höher werden als die bisherigen. Es soll der Landwirtschaft aus den Gestehungskosten auch ein angemessener Unternehmergewinn und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Steigerung der Erzeugerkosten gegeben werden. Ein einheitlicher Preis für das ganze Jahr, wie er 1921 festgesetzt war, soll mit Rücksicht auf die Unsicherheit der künftigen Entwicklung des Standes der Mark nicht bestimmt werden. Es soll vielmehr im Laufe des Wirtschaftsjahres für die zweite Hälfte der Umlage eine Nachprüfung der Angemessenheit der Preise und gegebenenfalls eine Neufestsetzung erfolgen, um die Preise den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Angenommen wurde von den Ausschüssen folgende vorgeschlagene Resolution:

„Die Reichsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob nicht der Preis für das Umlagegetreide in der Weise festgesetzt werden kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger ist als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922."

Aus den Bestimmungen der Vorlage ist noch zu erwähnen, daß Hafer in einer Höhenlage über 400 Meter künftig voll abgerechnet werden soll. Angenommen wurde ein bayerischer Antrag, wonach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrates Vorschriften erlassen soll über die Verwertung der aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide entfallenden Kleie.

Die sächsische Regierung ließ erklären, daß nach ihrer Ansicht im Interesse der Brotversorgung eine Umlage von 4½ Millionen Tonnen notwendig sei, zumal bei der durch den geringen Stand der Mark erschwerten Einfuhr. Ferner müsse sich die sächsische Regierung entschieden gegen den Verteilungsmaßstab bei der Unterverteilung auf die Länder wenden, wobei der sächsischen Landwirtschaft unverhältnismäßige Opfer angesonnen wurden, die von Sachsen als offensichtliche Ungerechtigkeiten empfunden werden. — Die badische Regierung ließ erklären, daß sie der Vorlage zwar zustimme, daß sie aber gegen die Höhe der auf Baden entfallenden Umlage Protest erhebe und ersuche, vor der endgültigen Festsetzung die badischen Wünsche einer Nachprüfung zu unterziehen.

Die Abstimmung in der Vollsitzung ergab 49 Stimmen für und 16 Stimmen gegen die Vorlage. Mit Ja stimmten: das preußische Staatsministerium, die Vertreter der Städt. Berlin, Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lübeck, Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Mit Nein stimmten: Der Vertreter von Ostpreußen, von Brandenburg, von Pommern, von Westpreußen-Posen, von Niederschlesien, von Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, und Württemberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220619-19/fragment/page=0001

Die innerpolitischen Fragen.

Aus dem preußischen Landtag.

Ein Antrag fast aller Parteien (mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die nächsten Wahlen zu Zahnärzte- und Apothekerkammern wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Das Gesetz betreffend die Erhöhung des Grundkapitals und die Neufestsetzung des Geschäftsjahres der Preußischen Staatsbank wird dem Hauptausschuß überwiesen.

In der fortgesetzten Beratung des Etats des Innern nennt Abg. Dominicus (Dem.) die neue Landgemeindeordnung ein Kulturwerk ersten Ranges und fordert, daß für die Schutzpolizei ein Versorgungsgesetz geschaffen wird, damit das Ausscheiden der Beamten aus der Polizei aufhöre. Gegenüber den Verbänden der Schutzpolizeibeamten müsse absolute Neutralität gewahrt werden. Die Auswahl der politischen Beamten dürfe nicht nach parteipolitischen Rücksichten getroffen werden. Jeder Mißgriff belastete die Position der Reaktion. Ueber die Vorfälle bei der Reise Hindenburgs durch Ostpreußen müßte Klarheit geschaffen werden. Zum Reichswehrminister habe er das Vertrauen, daß er im Reichstage Aufklärung geben werde über die Rolle, die die Reichswehr bei den Hindenburgdemonstrationen gespielt hat.

Abg. Limberg (Soz.):

Die Demokratisierung der Staatsverwaltung gestaltet sich außerordentlich schwierig. Wären die sozialistischen Parteien nach der Revolution einig gewesen, dann wären wir über die formale Demokratie hinausgekommen. Wenn die Koalitionspolitik fruchtbar sein soll, dann muß dafür gesorgt werden, daß die unverschämten Angriffe einzelner Koalitionsparteien gegen die anderen aufhören. Wir müssen befürchten, die Gegenseite in der Koalition zu überbrücken. Das Versorgungsgesetz für die Schutzpolizei muß bald verabschiedet werden. Den Organisationen der Schupobeamten muß in höherem Maße Entgegenkommen gezeigt werden. Außerordentlich notwendig ist, daß der reutischnationalen Propaganda innerhalb der Schutzpolizei nachgegangen wird. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat auf Grund lügenhafter Berichte eines Regierungsrats eine scharfe Verfügung gegen die Ostjuden erlassen. Die Mehrzahl der Ostjuden ist geverblich oder als Arbeiter tätig und nützt unserer Wirtschaft. Der Einbürgerung ostjüdischer Arbeiter sollte man nicht so viele Schwierigkeiten machen. Die Technische Nothilfe betrachten wir als ein notwendiges Uebel und wünschen, daß sie nicht weiter ausgebaut wird. In dieser Frage muß es zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften kommen. Die niedrige rechtsbolschewistische Hetze gegen die Linksparteien trägt die Schuld daran, daß es zu Attentaten kommt, wie jüngst ein solches gegen Scheidemann verübt wurde. Man darf sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung einmal die Geduld verliert und Gegendemonstrationen veranstaltet. Die Schweinerei in der Reichswehr darf sich der Reichswehrminister nicht mehr gefallen lassen. Im Hinblick auf die außenpolitischen Wirkungen solcher Provokationen ist dringende Abstellung notwendig. Auch über die Königsberger Vorgänge muß im Reichstag ein sehr ernstes Wort geredet werden. Unläßlich des Hindenburg-Besuches sind 18 Minenschuboote aus Pillau nach Königsberg gekommen, was die Kleinigkeit von 200 000 Mark gekostet hat. (Bei den weiteren Ausführungen des Redners über Hindenburg und seine militärischen Leistungen bricht die Rechte immer wieder in Entrüstungsrufe aus, die zeitweilig so stark sind, daß sie den Redner am Weitersprechen hindern. Schließlich kommt es zwischen Abgeordneten der Rechten, die fortgesetzt „Raus!" rufen, und Abgeordneten der Linken zu erregten Auseinandersetzungen.) Zum Schluß fordert der Redner die preußische Regierung auf, auf das Reich dahin einzuwirken, daß mit dem Skandal in der Reichswehr endlich Schluß gemacht wird. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Heß (Z.) fordert, daß mit der Auseinlieferung konfessioneller Volksschichten bei Belegung von Staatsgebäuden aufgehört wird. Herr v. d. Osten hat zur Einigkeit aufgerufen, aber in der Radeschpolitik, die heute noch gegen republikanische Beamte geübt wird und in den Hetzartikeln der Rechtspresse ist neen diesem Willen zur Einigkeit nichts zu spüren.

Abg. Lüdicke (Dn.) erklärt, daß seine Fraktion der Regierung selbstverständlich keine Schwierigkeiten machen wolle. Ihr liege nichts an den langwelligen Parlamentstagungen, da die Mitglieder auch ihrem bürgerlichen Beruf nachgehen wollen. Severing habe sich gestern wieder als Parteiminister benommen, als er sich auf den Boden der Kriegsschuldlüge stellte.

Minister des Innern Severing:

Bei weiteren Verhandlungen mit der Entente über die Schutzpolizei werden wir uns nicht von dem Standpunkt abdringen lassen, daß auf geschlossene Formation der Polizei nicht verzichtet werden kann, solange die Kriegspsychose nicht ausgeheilt ist. Die militärischen Uebungen der Schutzpolizei sind allmählich im Fortfall gekommen und werden nur noch gelegentlich in wenigen Orten abgehalten. Solange wir nicht über bessere Finanzen verfügen und die Bezüge der Schutzpolizeibeamten aufbessern können, werden wir die Abwanderung in die Industrie nicht aufhalten können. Gegen eine ganze Reihe von alten Beamten, die es gewagt haben, die Arbeiten ihrer Chefs zu sabotieren, werden wir demnächst einschreiten. (Hört! Hört!) An alle politischen Parteien möchte ich die dringende Bitte richten, in den schweren Wochen und Monaten, die uns bevorstehen, nach besten Kräften dafür zu sorgen, daß die Polizei möglichst wenig eingeschwelen braucht. Wir leiden der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit den schlechtesten Dienst, wenn wir Demonstrationen irgend einer Parteirichtung durch Gegendemonstrationen zu stören versuchen. Ich denke nicht daran, die Organisationen und Verbände der Schutzpolizei auszuschalten, aber wenn die Disziplin nicht völlig gelockert werden soll, dann darf es nicht so weit kommen, daß auch die örtlichen Stellen der Verbände sich in diesen Fragen ein Mitbestimmungsrecht anmaßen. In den nächsten Tagen werde ich bereits ein Verbot an die Schutzmannschaft erlassen, sich dem Verband nationalgesinnter Soldaten anzuschließen, aus dessen Proklamation hervorgeht, daß er bemüht ist, die Verfassung zu einem ihm genehmen Zeitpunkt zu stürzen. Die von den nationalistischen Kreisen empfohlenen Rezepte für die Ausweisung von Russen und Ungarn können wir nicht gebrauchen. An Beleidigungen und Verdrehungen, wie sie die Rechtspresse immer wieder sich gegenüber republikanischen Ministern leistet, gewöhnt man sich allmählich. Soweit Beamte meines Ministeriums durch Indiskretionen der Presse oder Parteien Material liefern, werde ich sie gebührend zur Rechenschaft ziehen. Meine Ansicht darüber, wer die Verantwortung für das wirtschaftliche und politische Elend der heutigen Zeit trägt, wurde nach dem 9. November 1918 von der „Täglichen Rundschau" vollends geteilt, weil ich aber heute noch dieser Meinung bin, möchte man mich als Parteiminister verschreien. Wir sind nicht der Meinung, daß eine Hindenburg-Reise oder deutschnationale Demonstrationen die Republik gefährden können. Aber wir sind verpflichtet, eventuell unter Zuhilfenahme der Polizei für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das Leben und die Gesundheit der Staatsbürger zu schützen. (Lebh. Beifall.)

Nach den Ausführungen des Abg. Mertins (U. Soz.) über die Hindenburg-Reise und nach einer Rede des Abg. Berndt (Dem.), der gegen eine Erweiterung der Rechte des Staatsrats spricht, werden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

Aus alten Mappen.

Friedrich Engels' prophetischer Blick.

Vom 15. Dezember 1887 ist die Einleitung datiert, die Friedrich Engels zur Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten" geschrieben hat, die damals in Hottingen-Zürich erschien. Das Schriftchen enthält die wuchtige Ueberhebung, die nach dem Kriege von 1870 in deutschen Kreisen unleidlich bemerkbar wurde. In dieser Einleitung sagt Engels wörtlich:

„... Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges, zusammengedrängt auf drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen, zerrüttungsfähe Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott, Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden wird, wer als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: Die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse."

Es ist staunenswert, mit wie sicherem Blick Friedrich Engels den Verlauf der Entwicklung vorausgesehen hat.

Die Entschädigung der Volksrichter.

Die Verhandlungen des Reichstages.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Rackens (Ztr.) wird Abg. Schwarz (Ztr.) zum Schriftführer gewählt.

Die Interpellation der Unabhängigen über die Maßnahmen der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Getreideumlage soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen führt

Abg. Feldmann (Soz.)

u. a. aus: Die Schöffen und Geschworenen erhalten zwar eine Aufwandsentschädigung, es fehlt jedoch die Entschädigung für den Lohnausfall. Den Arbeitern, Handwerkern usw. wurde dadurch die Möglichkeit genommen an der Rechtsprechung teilzunehmen. Erfreulich ist, daß der Regierungsentwurf dem Gedanken einer Ersetzung des Lohnausfalles nähertritt. Ein Mangel des Entwurfs ist aber, daß er den Arbeitnehmern nicht die Garantie gibt, daß ihr Verlust voll ersetzt wird. Im Rechtsausschuß ist erfreulicherweise mit Unterstützung aller Parteien unser Antrag angenommen worden, wonach der entgangene Verdienst vollentschädigt werden muß, soweit er nicht über das gewöhnliche Maß hinausgeht. Leider wird für die Mitglieder der Steuerausschüsse dieser Verdienstausfall nicht zurückerstattet, sodaß die arbeitenden Schichten des Volkes von der Mitarbeit in den Steuerausschüssen ausgeschlossen werden. Wir fordern, daß das Finanzministerium die Entschädigung für die Mitglieder der Steuerausschüsse in gleicher Weise festsetzt, wie für Schöffen und Geschworene.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt dann die gemeinsame erste Beratung der Zwangsanleihe des von den Unabhängigen eingebrachten Gesetzentwurfes zur Aenderung der Einkommensteuer und der von den Rechtsparteien eingebrachten Gesetzentwürfe zur Aenderung der Erbschaftssteuer.

Abg. Höllein (Kom.) bekämpft in fast zweistündiger Rede die Steuerpolitik der Regierung und ergeht sich vor den völlig geleerten Bänken der Abgeordneten mit donnernder Stimme in den bekannten kommunistischen Beschimpfungen der Sozialdemokratie, die angeblich den Reichswirtschaftsminister Schmidt in Bezug auf die Erfassung der Sachwerte im Stich gelassen haben soll.

Das Zwangsanleihegesetz und die Anträge auf Aenderung der Einkommen- und Erbschaftsteuer werden dem Steuerausschuß überwiesen.

In der fortgesetzten Beratung über die Schlichtungsordnung lehnt Abg. Maltzahn (Kom.) den Gesetzentwurf als eine Provokation der Arbeiterschaft ab. Die Schlichtungsordnung sei die wertvollste Beute, die die Unternehmer jemals auf Kosten der Arbeiterschaft gemacht hätten und zwinge diese zur höchsten Alarmbereitschaft. Im Kampfe um ihre Existenz werde sich die Arbeiterschaft aber durch dieses Gesetz nicht hindern lassen.

Die Uebergabe Oberschlesiens.

Ein Zwischenfall in Biskupitz.

Kattowitz, 19. Juni. Die Uebergabe der in dem an Polen abzutretenden Gebietsteil stehenden Eisenbahn ist gestern nachmittag 6 Uhr in Gegenwart der Ist zwischen der deutschen Eisenbahndirektion Kattowitz und der polnischen Staatsbahnverwaltung vollzogen worden. Zu gleicher Zeit sind im oberschlesischen Abstimmungsgebiet für den deutschen Teil die deutsche Eisenbahndirektion Oppeln und für den polnischen Teil die polnische Staatsbahndirektion Kattowitz eingerichtet worden.

Kattowitz, 19. Juni. 200 Mann polnischer Polizei übernahmen gestern abend nach einer kurzen Instruktion im Polizeipräsidium, den Dienst in der Stadt. Weitere Polizeimannschaften trafen kurz vor Mitternacht in Kattowitz ein. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten.

Ratibor, 19. Juni. Als eine der letzten Städte wird auf Grund des Räumungsabkommens Ratibor von den interalliierten Truppen am 2. und 3. Juli geräumt werden. Die interalliierte Zivilverwaltung wird die Stadt am 3. Juli verlassen, so daß der Einzug der Reichswehr am 4. Juli erfolgen kann.

Hindenburg, 18. Juli. In Biskupitz kam es zwischen einem Apokommando, das die Gemeindewache abgelöst hatte, und einer kleineren französischen Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall.

Auf vulkanischer Erde.

Roman
von
Emmi Ekert.

(2. Fortsetzung.)

Zwar die Großstädter, die hinkamen, um einmal im Jahr wenigstens frische Luft zu schnappen, frei von allem Alten- und Kohlenstaub heißer Stadtluft, deren Lungen sich in dieser reinen Atmosphäre dehnten und weiteten, die spöttelten und schimpften wohl über primitive Einrichtungen und teure Preise, aber trotzdessen kehrten sie immer wieder.

Nur die alten Stammgäste, die von dem Kurort noch bescheidenere Anfänge kannten aus der Zeit, da die Moselbahn noch nicht gebaut war, die staunten über die Fortschritte der Kultur, die hier in wirtschaftlicher wie in sozialer Beziehung sich entfaltete.

Die jetzige Generation — und die früheren Eingeborenen — wenn man zwischen diesen beiden Typen eine Parallele ziehen wollte, dann hätte man freilich gleich den charakteristischen Beweis für den Erfolg eines veredelnden Einflusses, den man Kultur nennt.

Wie konnte man auch jetzt noch eine Stammesverwandtschaft finden zwischen den heutigen Bewohnern Klingigs und dem schmutzigen, stumpfsinnigen Eifelbauern, der im Mist antwickst und mit wahrem Behagen täglich darin arbeitet und dabei die stinkenden Ausdünstungen des deftenden Ammoniaks ebenso wohlig einatmet, wie die dicke, verdorbene Luft seiner menschenüberfüllten Bauernstuben.

Der im sauren Schweiß seines unrasierten Angesichts dem rauhen Heimatboden das dürftigen notdürftige Nahrung an Korn und Kartoffeln abringt, die er zur Erhaltung seines elenden Lebens braucht. Und der sich trotz dieser Lebensbedingungen wohl fühlt. Ja, der sich durch dieselben gerade wohl fühlt, weil sein Organismus sich diesem Milieu angepaßt hat, ebenso wie sein Charakter mit dem Stumpfsinn seiner Beschäftigung identisch wurde.

Und diese Bauernweiber mit den ihronisch vorstehenden Bäuchen, der hängenden Brust und den schiefen Plattfüßen. Diese Weiber, die in der Erfüllung ihrer Pflichten als Arbeits- und Zuchtstute ihre Zweckbestimmung sehen, sich wohl darin fühlen und nichts anderes wünschen. Herdenkühe, eins wie das andere.

Und diese struppigen, ungewaschenen Kinder — wie sie aufwachsen im Straßenschmutz. Das zweijährige unter der Verantwortung des vorigen Jahrgangs, eins das andere schleppend und schwend.

Und diese Kinder, diese Bauernkinder, sollte nun die heutige Generation der Eifelsommerfrische Klingig entstammen! Diese zierlichen, appetitlichen Schenk- und Stubenmädchen, Bügelerinnen und Köchinnen, diese sauberen, freundlichen Logierwirtinnen?

Ja, die Frauen hatten sich entwickelt! Aber dadurch waren die Männer hier zu Drohnen geworden, die von dem Fleiß der weiblichen Arbeiter zehrten und lebten. Mit dem Resultat der Frauenfrage schien man hier ganz zufrieden.

Das Problem ihrer eigenen sozialen Interessensphären hatten die Frauen hier gelöst — ohne Programm, ohne Volksversammlungen, ohne Philosophie, einfach durch den logischen Entwicklungsgang ihrer vitalen und ökonomischen Verhältnisse.

Ebenso einfach und selbstverständlich, wie unter den rauhen knochigen Arbeitshänden ihrer Urgroßmütter sich der Flachsfaden von der Haspel abwickelte, ohne daß sie weiter über physikalische Gesetze dabei nachgedacht hätten oder deren Vorhandensein überhaupt nur ahnen konnten, ebenso selbstverständlich und naturgemäß entwickelte sich unter den veränderten Lebensbedingungen der neuen Generationen die soziale Stellung der Frauen und ihrer Rechte.

An Stelle der Felder, auf denen früher das menschliche Zuchttier unter der Herrschaft des Mannes mühsam Kartoffeln zu des Leibes Notdurft pflanzte, an Stelle der verräucherten Raten, in denen das Weib Kinder, Vieh und Schweine großzog, an diesen Stellen prangten jetzt schmucke, moderne Häuser, wo die Frau von heute das Regiment führte mit Hantelgen, Kochlöffel und Bügeleisen.

Freilich, Denjenigen hat es gedauert, und manche Generation war darüber herangewachsen, bis die Metamorphose von der indolenten Eifelbäuerin bis zur schmucken, denkenden Zimmerwirtin sich vollzog. Konkurrenz und das Beispiel städtischer Hilfspersonals hatten hier zur schnelleren Entwickelung beigetragen.

Als die Klingiger sahen, daß ihr Grund und Boden durch Anbauen von Logierhäusern mehr einbrachte bei geringerer Arbeitskraft, als das mühselige Bestellen und Bepflanzen der Felder, da gaben sie die Landwirtschaft auf — einer nach dem andern; brachte sie doch ohnehin wenig genug ein bei dem kleinen Besitz.

Nun gelangte man zu der neuen Phase, in der die Arbeitskräfte der Männer mehr und mehr überflüssig wurden.

Und das weibliche Geschlecht war sich seiner Unentbehrlichkeit bald bewußt und zeigte sich seiner Aufgabe und neuen Bestimmung gewachsen.

Die Frau verdiente hier; sie führte das Regiment in Haus und Küche und gewann an Einfluß und Ansehn.

Daß die Mädchen unter diesen Verhältnissen sehr im Preise stiegen, daß für ihre Ausbildung mehr getan wurde, als für die Jungen, daß auch jede Familie die Ankunft eines Sohnes weniger freudig begrüßte als die einer Tochter, das alles war nur die natürliche Folge des Stadiums, zu dem die Sommerfrische sich mehr und mehr entwickelt hatte.

Selbst die Pachtung der Wirtschaften übertrug man gern an weibliche Personen, weil die Männer mit dem zunehmenden Wohlstand immer fauler wurden, ohne Neigung zum kühneren Schiff, der für den Umgang mit dem feineren Publikum notwendig war. Aber die Frauen und Mädchen erfüllten auch hier ihre Aufgabe und hielten auf Ordnung und gute Sitten, denn sonst, das wußten sie, wurde ihnen die Wirtschaft gekündigt oder die Konzession entzogen.

Deshalb ging das Streben eines jeden Burschen dahin, sich ein Mädchen anzuschaffen, das entweder schon selbständig war oder Aussicht hatte, es bald zu werden. Als Mann seiner Frau konnte er einen guten Tag leben. Vom ersten Mai jedes Jahres an ging er nur noch in Sonntagskleidern, im weißen Strohhut, Vorhemd und Schlips; wenn die Gäste kamen, wollte er doch anständig aussehen.

Das bißchen Arbeit verrichteten die Männer gern, weil ihnen sonst die Zeit wahrhaftig auch zu lang geworden wäre. Ein paar Bündel Reisersholz herbeitragen und die Kinder spazieren führen, mehr leisteten sie nicht. Und im übrigen standen sie in Gruppen in der Dorfstraße, die Hände in die Taschen versenkt, rauchten, spuckten und unterhielten sich vom Dorfklatsch.

Der Ausnahmen gab es nicht viele.

Doch die selbständigen Mädchen waren aufgeklärt und sahen im Manne nicht viel mehr als den Mützigganger, der gut versorgt sein wollte. Drum heirateten sie in der Regel erst spät, wenn sie in der Lage waren, mit ihren Ersparnissen einen Hausstand zu begründen oder wenn sie für ihren Geschäftsbetrieb einen Knecht brauchten. So kam es, daß es in Klingig nur wenige junge Frauen gab. Aber das ältere selbständige Mädchen heiratete auf alle Fälle einen jungen, stämmigen Burschen. Da hätte denn jeder gern einen guten Tag gelebt, denn von der Mutter wurde ihnen das bißchen Taschengeld knapp genug zugemessen, darüber klagten alle.

Aber der guten Partien gab es wenige.

Ein Schatz zum Lieben und Tollen war leicht zu finden, danach brauchte niemand lange zu suchen unter den lebenslustigen Dorfschönen, die von den irdischen Gütern stiefmütterlicher bedacht waren, als von der Natur. Doch ein armes Mädchen zu heiraten und auf die Kräfte der eigenen Hände die Zukunft bauen, das war ein Unternehmen, dem man in Klingig gern aus dem Wege ging.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220619-19/fragment/page=0002

Eine grosse Menge Verhaftungen erfolgte die Partei der Revolutionäre, wobei es zu einem heftigen Feuergefecht kam, in dessen Verlauf drei Zivilisten getötet wurden. Ein vierter wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Die Arbeiten des Preußischen Landtages.

Ferienbeginn am 8. Juli.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Sonnabend in einer Sitzung mit der Geschäftslage des Hauses. Nach Erledigung des Haushalts des Ministeriums des Innern müssen noch die Haushalte des Landtages, des Staatsministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung erledigt werden. Die Sommerferien werden wahrscheinlich erst am 8. Juli beginnen können. In der Zeit vom 29. Juni bis 8. Juli werden keine Plenarsitzungen stattfinden.

Mitte Juli wird der Hauptausschuß des Landtages eine Reise nach Schleswig-Holstein unternehmen, um die Landgewinnungsarbeiten an der Küste zu besichtigen. Auch der großen Kriegersiedlung im Lockstedter Lager soll ein Besuch abgestattet werden.

Die Sowjetjustiz.

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre legen die Verteidigung nieder. — Die Knebeljustiz der Gewaltmaßhaber.

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre, Vandervelde, Liebknecht und Rosenfeld, haben die Verteidigung am Freitag niedergelegt. Der Ursache liegt ein Tatbestand zugrunde, der nach sowjetamtlichen Mitteilungen folgendermaßen geschildert wird:

1. seien nach Ansicht der Verteidiger, widersprechend dem Berliner Abkommen, vier Verteidiger vom Gericht nicht zugelassen und der Verteidigung keine Sonderstenographen bewilligt worden; 2. beabsichtige das Gericht, Bedingungen zu stellen, die eine weitere Zulassung der ausländischen Verteidiger fraglich mache; 3. hätten die Ankläger das Berliner Abkommen als für das Gericht nicht bindend erklärt und 4. habe der Vertreter der kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz, Bucharin, das Berliner Abkommen überhaupt für ungültig erklärt.

Das Oberste Tribunal hat auf diese Erklärung der Verteidiger eine Antwort gegeben, in der das Berliner Abkommen als eine rein politische Abmachung bezeichnet wird, die den Gang der gerichtlichen Verhandlung in keiner Weise beeinflussen könne. In ihren Einzelheiten besagt die Antwort, daß das Gericht die vier vorgeschlagenen menschewistischen Verteidiger nicht zugelassen habe, weil sie nicht das Vertrauen des Gerichtes genössen. Ferner wird gesagt, daß die Entscheidung über die in Berlin übernommenen politischen Verpflichtungen nicht zur Zuständigkeit des Tribunals gehöre, sondern die Sowjetregierung zuständig sei. Ueber die Zulassung von Sonderstenographen will das Gericht angeblich nicht entscheiden können, da eine derartige Entscheidung nur dem Kommandanten des Gerichtsgebäudes zukomme. Zum Schluß besagt die Antwort, daß die Verteidigung anscheinend nach einem Vorwand suche, um die Verhandlungen zu verpassen.

*

Wie wir aus äußerst zuverlässiger Quelle erfahren, hat das Exekutivkomitee der Dritten Internationale in Moskau vor wenigen Tagen einen Beschluß gefaßt, nach dem sämtliche Angeklagten der ersten Kategorie zum Tode verurteilt werden. Die Hinrichtung durch den Strang soll jedoch nur bei zwei Angeklagten, darunter Gotz, erfolgen, während man die übrigen Beschuldigten zu lebenslänglichem Kerker „begnadigen" will.

2. Gewerkschafts-Jugendkongreß

des A. D. G.-B. und Afa-Bundes.

Leipzig, 18. Juni.

Unser r-Sonderberichterstatter schreibt uns:

Unter sehr starker Beteiligung wurde am Sonnabend, den 17. Juni vormittags 9 Uhr im „Volkshaus" der zweite Kongreß zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit durch den Genossen Gassenbach vom Bundesvorstand des A. D. G.-B. eröffnet. Anwesend sind 200 Delegierte, ferner begrüßen als Gäste den Kongreß die S.-P.-J., A.-J., Internationaler Gewerkschaftsbund, Arbeiter-Jugend-Internationale und Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Das Büro des Kongresses setzt sich nach Wahl zusammen aus Gassenbach-Berlin und Brüggmüller-Stuttgart (Metallarbeiter-Verband) als Vorsitzende, Ehlers-Hamburg (J. d. A.), Perlmann-Berlin (Transportarbeiter-Verband), Hoffmann-Bochum (Bergarbeiter-Verband), Theil-Bremen (Metallarbeiter-Verband).

Nach Erledigung verschiedener Geschäftsordnungsanträge erstattet Maschke-Berlin den Bericht des Jugendsekretariats. Die gewerkschaftliche Jugendbewegung hat einen bedeutenden Aufschwung im letzten Jahre genommen. Weit über 500 000 jugendliche Mitglieder stehen heute in den Reihen der freien Gewerkschaften. In den meisten Organisationen sind Jugendsekretariate errichtet, die selbständige Jugendzeitungen herausgeben. Zahlreichen Verbänden war es möglich, die Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln, Lehrlingsordnungen zu schaffen. Die Förderung der Berufsarbeit in den Berufsgruppen muß weiterhin intensiv vorgenommen werden. Der Anschluß an den „Reichsausschuß" hat zum großen Teil zu einer engeren Zusammenarbeit mit den übrigen proletarischen Jugendorganisationen geführt.

Ueber die Neugestaltung des Lehrlingsrechtes und die notwendigen Abänderungen der Gewerbeordnung referierte Meisner-Berlin (Metallarbeiter-Verband). Leider ist das jetzige Lehrlingsrecht nicht einheitlich geregelt. Voranstellungen allgemeiner tariflicher Uebereinkommen für das Lehrlingswesen ist die Abänderung der dem entgegenstehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung. Die dem A. D. G.-B. und dem Afa-Bund angehörenden freien Gewerkschaften fordern deshalb von der Reichsregierung die sofortige Außerkraftsetzung dieser Bestimmungen und die beschleunigte Vorlage eines allgemeinen Berufsausbildungsgesetzes für alle Berufe.

In einem längeren Referat behandelt Ing. Fröhlich-Berlin (Butab) die Lehrwerkstätten. Eingehend kommt er auf die verschiedenen Arten der Lehren zu sprechen. In kurzen Schilderungen gibt er ein Bild von der Tätigkeit der z. Zt. bestehenden Werkschulen. Unsere Aufgabe muß es sein, diese unter staatliche Aufsicht zu bringen. Staatliche Fachschulen müssen im größeren Maße geschaffen werden. Die Erörterungen hierüber waren von größtem Ernst getragen. Wegen der großen Bedeutung aller Anregungen wurden die vorliegenden Anträge zur Berücksichtigung und Durcharbeit dem A. D. G.-B. überwiesen. Die etwa 12—13 Delegierte zählenden, sich selbst „Fraktion" nennenden kommunistischen Vertreter wollten hier besondere „prinzipielle Erklärungen" abgeben. Die Konferenz lehnte das ab, forderte aber die Fraktion auf, diese dem A. D. G.-B. mit einzureichen. Dies verweigerten sie, worauf der Vorsitzende unter Beifall feststellte, daß diese Ablehnung zeige, daß es den Kommunisten nur auf Sensation ankomme, nicht auf praktische Mitarbeit.

Ueber das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit, sowie über Mißstrauungen für gewerkschaftliche Jugendfragen sprachen Dr. Löwenberg-Berlin (J. d. A.) und Bleisch-Berlin (D. C. G.). Das Referat Dr. Löwenbergs umfaßt die Forderungen an die Gesetzgebung: Jugendschutzbestimmungen, 6-Stunden-Tag bis zum 16. Lebensjahr, Fernere, größere Kontrolle der Betriebe infolge auf Jugendschutz, Koalitionsfreiheit, Arbeitslosenunterstützung für Schulentlassene, die keine Arbeit finden usw., Reform der Reichsverfassung. Der weitere Abschnitt fordert Reform des Lehrlingswesens, Errichtung von Berufskommissionen, Beschränkung der Lehrlingshaltung, Lehrzeit, tarifliche Regelung der Löhne, Arbeitsverhältnisse usw. Ferner fordert der Referent Jugendwohlfahrt, bessere Berufsausbildung und allgemeine Erziehungs- und Bildungsaufgaben, hier sollen die Gewerkschaften besonders eingreifen, aber auch Staat und Gemeinde bekommen bestimmte Aufgaben zugewiesen. Die beiden vorgelegten Entwürfe finden nach längerer Diskussion Annahme. Die Gründung von freigewerkschaftlichen Jugendkartellen wird beschlossen. In allen Orten hat sich die Notwendigkeit zur Gründung solcher Kartelle gezeigt.

Die Frage der örtlichen Jugendarbeit der Gewerkschaften wird von Wilhelm-Berlin (J. d. A.) behandelt. Mehr denn je muß die Berufsarbeit Sache der Gewerkschaften bleiben. Die Einführung in die Gewerkschaftsbewegung muß in den Jugendgruppen in den Vordergrund gestellt werden. Eine planmäßige Zusammenarbeit aller Gewerkschaftsjugendgruppen muß geschaffen werden. Die Zusammenarbeit mit den politischen Jugendorganisationen ist außerhalb der gewerkschaftlichen Jugendkartelle in den sogenannten Ortsausschüssen des Rejo herbeizuführen.

Einstimmig beschloß unter Punkt 6 der Tagesordnung der Kongreß, von der Reichsregierung die sofortige Freilassung aller politisch inhaftierten Jugendlichen zu fordern.

Der Geist der Jugend auf dem Kongreß hat gezeigt, daß es mit der freigewerkschaftlichen Jugendbewegung unaufhaltsam vorwärts geht. Der Kongreß ist ein weiterer Erfolg für unsere Jugendbewegung gewesen. Möge die Arbeit überall mit Interesse fortgesetzt werden.

Sonntag nachm. 5 Uhr wurde der Kongreß geschlossen.

Der Dollar 322.

Am Berliner Devisenmarkt setzte sich am Wochenschluß die Aufwärtsbewegung der Kurse in verschärftem Tempo fort. Amtlich notierten: Kabel New York 322, London 1435, Holland 12 500. Die Umsätze waren nicht besonders groß.

Unerhörte Provozierung der mitteldeutschen Arbeiter.

Uns geht folgender Bericht eines Augenzeugen zu:

Als ich Sonntag früh zum Bahnhof in Naumburg ging, bot sich mir wie allen Zuschauern ein widerliches Bild. Vor dem Bahnhof war aufmarschiert in zwei Gliedern ein Trupp grüner Burschen, alle in Militärjacke und Mütze und umgeschnallt, jeder an der Mütze einen Totenkopf und natürlich geschmückt mit dem Stahlhelm. Eine Fahne mit einem schwarzen etwas dünn geratenen Kreuz fehlte nicht. Ein junger Fant, Typus Offizierstellvertreter von ehemals, hatte das Kommando. Da auf einmal: Stillgestanden! Rechts richt euch! Augen gerade aus! Der Herr „General" des Naumburger Stahlhelm, Rechtsanwalt Löwe, naht, und der Kommandant der Stahlhelmjünglinge „meldet".

Einsteigen zum Zug 7 Uhr 29 Minuten nach Weißenfels, der Herr Stahlhelmgeneral geruht noch mit seinem Stab den Zug zu erklettern, nachdem schon der Zug in lebhafter Fahrt ist, einzelne kommen gar nicht mehr. Ich ahnte schon großen Empfang in Weißenfels. Und richtig, dieselbe grüne Garde von Weißenfels war schon in der Bahnhofshalle aufmarschiert, und man hörte dieselben militärischen Kommandos wie bei den üblichen Empfängen in der alten guten Zeit, als noch der Ameronger Dollarschieber die ganze Welt mit seinen Säbelrasselreden gegen uns mobilisierte.

Einmarsch in Weißenfels mit der Fahne und diversen Heldengesängen. Sammeln im Goldenen Ring. Von dort marschiert die Stahlhelmgarde nach 9 Uhr nach Schumanns Garten. Voran eine Zivilkapelle, dann die Reichskriegsfahne der verflossenen Monarchie, die uns in Schande und Elend geführt hat. Fahnenträger und Begleitmannschaften „geschmückt" mit dem Stahlhelm. Nicht wahr, Herr Major Doerninger in Naumburg, Sie waren so liebenswürdig, Ihren Freunden vom Stahlhelm mit „dienstlichen" Stahlhelmen den Schupo auszuhelfen?

In Schumanns Garten treffen von allen Seiten die Fahnen der Kriegervereine ein, allerdings unter sehr dünner Beteiligung. Und was sehe ich da? In dem Lokal sitzt eine ganze Reichswehrkompagnie aus Leipzig mit der Nummer 11, dazu ist auch die Musikkapelle des Reichswehr-Regiments Nr. 11 eingetroffen.

Warum das ganze Aufgebot? Es findet Sachsentag statt, d. h. die Kriegervereinler, die bei sächsischen Truppenteilen gedient haben, sind zu großer Heerschau aufgeboten. Aber um es gleich vorauszunehmen, wenn nicht der Herr Reichswehrminister Geßler die Reichswehrkompagnie und die Musikkapelle geschickt hätte und der Stahlhelm nicht aus der ganzen Gegend aufgeboten gewesen wäre, es wäre ein jämmerliches Häuflein von „Sachsen" gewesen, das Sehnsucht nach dem militärischen Rummel hatte.

Kurz vor 10 Uhr antreten. Voran die Reichswehrkompagnie, dann die Reichswehrkapelle, die Militärvereine mit ihren Fahnen, dann der grüne Nachwuchs des Stahlhelm mit einer Zivilkapelle. Gemeinsamer Kirchgang usw. Die Genossen mögen mir den weiteren Bericht erlassen, mir ist es tatsächlich schon speiübel geworden.

Die geringe Beteiligung von Sachsen zeigte, daß das kameradschaftliche Treffen von Kriegskameraden Nebensache war, die Hauptsache war die nationalistische Stimmungsmache, die Hetze gegen die verhaßte Republik. Und dazu sendet der Reichswehrminister auf Kosten des Staates eine Kompagnie Reichswehr von Letzgis nach Weißenfels herüber. Zu einer Feier, die dazu dient, die deutsche Republik in den Dreck zu ziehen. Offiziere, die den Eid auf die Verfassung der deutschen Republik geschworen haben, beteiligen sich dienstlich mit den ihnen unterstellten Mannschaften an dem Rummel gegen die Deutsche Republik. Das ist eine unerhörte Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Nächstens soll in größerem Rahmen ein Jägertag in Naumburg mit Hindenburgrummel stattfinden. Auch für diese Tagung ist Reichswehr vorgesehen. Ja zum Teufel noch einmal. Im vorigen Jahr nach Erzbergers Ermordung versprach die Regierung Maßnahmen und schärfstes Eingreifen. Schläft die Regierung? Oder soll die mitteldeutsche Arbeiterschaft die Abwehr der nationalistischen Lümmel auf sich nehmen? Die Regierung muß sich der ernsten Verantwortung bewußt sein, die sich gegenüber solchen Vorkommnissen ergibt. Schließlich wird es der Reaktion auch weniger darauf ankommen, auf die Franzosen zu wirken, als es zu innerpolitischen Konflikten mit den Republikanern zu treiben. In ihren Mitteln sind die Nationalisten dabei nicht wählerisch, wie der Mordversuch an Scheidemann und das Toben gegen den Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München beweisen.

Und dann, dürfen wir uns wundern über die Hetzreden eines Poincaré gegen Deutschland? Fast allerwärts finden in Deutschland dieselben militaristischen Paraden und Exerzitien statt. Genossen, sollen wir zusehen, wie vaterlandslose Gesellen das, was unter unsäglichen Mühen auf landslose Gesellen das, was unter unsäglichen Mühen aufgebaut worden ist, wieder zerstören? Und warum? Weil wir in Schwäche zusehen. Denkt an Italien, weit davon sind wir nicht mehr.

*

Soweit wir unterrichtet sind, findet im August oder September auch in Eisleben eine große Stahlhelm-Feier unter Teilnahme der Reichswehr statt. Nach den Vorgängen in der Auge- und Golz-Versammlung läßt sich manherlei vorausahnen. Die Dinge wachsen zur Unerträglichkeit aus!

Die preußische Provinzialautonomie.

Die Gesetzesvorbereitungen über die sogenannte Provinzialautonomie haben im Staatsministerium nunmehr zur Fertigstellung einer Gesetzesvorlage geführt. Der Entwurf sieht für alle preußischen Provinzen und damit auch für Oberschlesien eine weitgehende Berücksichtigung der Selbständigkeitswünsche der Provinzen, insbesondere auf dem Gebiete der kulturellen Sonderart, vor. Der Entwurf wird in kürzester Frist zur Veröffentlichung gelangen.

Schiedsspruch.

Der vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 17. Juni unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. Tibertius folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die Löhne werden in den Kernrevieren um 30 Mark erhöht; hiervon treten 20 Mark am 16. Juni, 10 Mark am 1. Juli in Kraft.
2. Die Spitzenzulage in den Kernrevieren beträgt 33 Mark.
3. In den Randrevieren beträgt die Lohnerhöhung 90 Prozent dieser Zulage.
4. Die Verteilung der Lohnerhöhung auf die einzelnen Klassen sind der Vereinbarung der Bezirks-Arbeitsgemeinschaft vorbehalten.
5. Die Parteien haben sich bis zum 23. Juni gegenüber dem Reichsarbeitsministerium über Annahme zu erklären.

*

Eine gestern vom Bergarbeiterverband nach Cöthen (Anhalt) einberufene Konferenz der Betriebsräte im Bergbau für den hallischen Bezirk beschloß den in Berlin gefällten Schiedsspruch anzunehmen.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und die kommunistischen Bestrebungen.

Leipzig, 19. Juni. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands teilt mit: Am Sonntag wurde hier eine Betriebsrätekonferenz für den mitteldeutschen Bergbau abgehalten, die zu den gegenwärtig schwebenden Lohn- und Tariffragen Stellung nahm. Sie forderte 75-Proz. Lohnerhöhung für Mitteldeutschland und den Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft. Weiter wurde beschlossen, die Kameraden im Auftragdienst telegraphisch aufzufordern, das vorliegende Lohnabkommen und das Ueberstundenabkommen sowie den Schiedsspruch für den Rahmentarif abzulehnen. Auch stimmt man eine größere solche Betriebsrätekonferenz nach Hannover einzuberufen. Dieses gegen jede gewerkschaftliche Uebung verstoßende Vorgehen einiger Betriebsräte ist angesichts der gespannten Lage im Bergbau nicht nur bedenklich, sondern außerordentlich schädlich. Durch solche Sonderveranstaltungen erschweren die Betriebsräte sich nur selbst die Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben. Das Verband der Bergarbeiter Deutschlands steht dieser Konferenz völlig fern und erklärt, daß über die schwebenden Fragen allein die zuständigen Organisationsinstanzen entscheiden.

Bitterfeld. Ortsausschuß Bitterfeld. Sitzung des Kartellvorstandes, der Gewerkschaftsbeamten usw. Freitag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, im „Bürgergarten". Pünktliches Erscheinen erforderlich. — Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Kursus III (Gutmann). Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 5,15 Uhr, im Stadtverordnetensaale, Rathaus. (Haftung für Handlungen der Betriebsräte.)

Aus aller Welt.

Das schwere Schiffsunglück im Hamburger Hafen, bei dem der dem brasilianischen Lloyd gehörige Doppelschrauben Passagier- und Frachtdampfer „Avare" umgeschlagen war und eine Anzahl Schiffsmannschaften und Werftarbeiter in Lebensgefahr brachte, Tote und Verletzte hinterließ, ist jetzt Gegenstand der Untersuchung. Wir erhalten dazu nachfolgende Meldung: Am Sonnabend nachmittag wurde der Schiffsrumpf des Dampfers „Avare", der im Hamburger Hafen gekentert ist, von Mitgliedern des Seeamts besichtigt, um festzustellen, wen die Schuld treffe. Im übrigen ist die Zahl der Verunglückten noch nicht genau festzustellen, da es nicht möglich ist, an die untersten Schiffsräume heranzukommen. Ein Appell des Brasilianischen Konsulats hat ergeben, daß verschiedene Leute der Besatzung fehlen. Auch von den Arbeitern der Vulkanwerft werden mehrere vermißt, so daß die Zahl der Toten auf etwa 45 geschätzt wird. Unter den Verletzten befindet sich auch der Kapitän des verunglückten Dampfers, dessen Vernehmung bisher nicht möglich war. Im allgemeinen wird das Unglück auf die Nachlässigkeit der Schiffsleitung zurückgeführt.

Ein Gentlemandieb, wie er in der Kriminalliste einzig dasteht, wurde in Berlin in der Person des Direktors Bernutat entlarvt, dessen Gewerbe so einträglich war, daß er sich einen hocheleganten Kraftwagen und drei eigene Pferde halten und eine luxuriöse Wohnung mit sehr wertvoller Bibliothek einrichten konnte. Er war bereits vor mehreren Jahren wegen Einbruches in das Berliner Polizeipräsidium eingeliefert worden. Alle Aufzeichnungen hierüber waren aber aus den Polizeiakten verschwunden. In der Wohnung Bernutats wurden viele Schmuck- und Wertsachen, die aus Pensionsdiebstählen herrührten, ausländische Geldsorten, Orden und Ehrenzeichen gefunden. Dem Verhafteten sind bereits viele von den Pensionsdiebstählen, so einer im Westen, bei dem er allein für eine halbe Million Mark erbeutete, nachgewiesen worden.

Ein Villeneinbrecher. In Köln wurde ein Schlosser Popp verhaftet, der in den letzten Jahren in vielen Städten Deutschlands Villeneinbrüche verübt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220619-19/fragment/page=0003

Die Reaktion im Wittenberger Stadtparlament.

Einen äußerst stürmischen Verlauf nahm die letzte Stadtverordnetensitzung am Dienstag abend, wobei sich unsere Bürgerlichen, so gut es eben möglich war, blamierten. Zur Erledigung der 26 Punkte umfassenden Tagesordnung kam es gar nicht, die ganze Sitzung könnte man am treffendsten als Fortsetzung des am Sonntag mit einem Demonstrationsumzug und einer öffentlichen Protestversammlung auf dem Marktplatze begonnenen Kampfes der republikanisch gesinnten Bevölkerung gegen die Frechheiten der Reaktion bezeichnen. Ueber die Vorgänge am Sonntag haben wir ja bereits ausführlich berichtet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat sich der kommunistische Stadtverordnete Nicolas das Wort zu einer Interpellation über die Vorgänge am Sonntag. Wie mit Keulenschlägen rief der Redner den hämisch grinsenden Bürgerlichen die Vorgänge ins Gedächtnis zurück und wies darauf hin, wie verwerflich es sei, daß die republikanische Schutzpolizei dazu benutzt worden ist, eine Kundgebung für die Republik zu stören, damit der der Republik feindlich gegenüberstehende Stahlhelmrummel ungestört Orgien feiern konnte. Besonders dem Oberbürgermeister Wurm machte er den Vorwurf, daß derselbe in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Polizeichef diese Maßnahmen geduldet, wenn nicht ganz und gar selbst angeordnet habe. Redner betonte weiter, daß er angesichts dieser empörenden Vorfälle seiner Verwunderung Ausdruck geben müsse, daß die Arbeitermassen diese Provokationen ruhig ansah. Die Wittenberger Arbeiterschaft habe damit wieder bewiesen, daß sie Ruhe und Ordnung liebe. Redner macht aber darauf aufmerksam, daß die Arbeiterführer in ähnlichen Fällen in Zukunft die Verantwortung für die Ruhe und Ordnung ablehnen müßten und warnt die reaktionären Provokateure vor einer Wiederholung ähnlicher Vorfälle. Der Oberbürgermeister Wurm suchte sich selbstverständlich reinzuwaschen und die Urheberschaft der Vorfälle auf die Demonstranten zu schieben. Dann mußte die Demokratie in einem republikanischen Staate herhalten, die allen Volkskreisen — also auch dem Stahlhelm — erlaube, auf der Straße für seine Ziele zu demonstrieren. Als Polizeichef habe er die Pflicht, für Ruhe und Sicherheit auf der Straße zu sorgen. Er weigere sich heute, direkt auf die nach „Schulbubenart" (!) vorgetragenen Aeußerungen des Stadtv. Nicolas zu antworten, vielleicht werde er später in amtlicher Eigenschaft zu diesen Vorgängen Stellung nehmen. Ein Antrag des bürgerlichen Stadtv. Luch auf Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung wurde von der bürgerlichen Seite gegen die Stimmen der Linken angenommen. Erst als Stadtv.-Vorsteher Naumann bekannt gab, daß nun nur noch die linken Stadtv. Wagner und Nicolas ums Wort gebeten hätten und sprechen könnten, bemerkten die Bürgerlichen, daß sie sich selbst ins Fleisch geschnitten hatten mit ihrem Antrag und Stadtv. Belding bemerkte auch gleich wehmütig: „Nun haben wir uns selbst mundtot gemacht." Als nun die beiden Stadtv. Nicolas und Wagner nochmals die Vorfälle ins rechte Licht rückten und besonders auf die Worte des Oberbürgermeisters eingingen, versuchten die Bürgerlichen durch stürmische Zwischenrufe die Redner der Linken ebenfalls mundtot zu machen. Besonders der bürgerliche Stadtv. Klapper geriet ganz außer Rand und Band und warf mit allerhand schönen Redensarten wie „dumme Jungen" usw. herum. Ob mit diesem Ausdruck der Stadtv. Nicolas, die Demonstranten oder die gesamten linken Stadtverordneten gemeint waren, ließ sich bei dem Tumult nicht feststellen. Der Vorsteher Naumann hörte solche Ausdrücke von seinen Freunden selbstverständlich nicht, erst als der Stadtv. Wagner sich die „Flegeleien" des Stadtv. Klapper energisch verbat und den Vorsteher auf seine unparteiischen Pflichten aufmerksam machte, wurde Stadtv. Wagner zur Ordnung gerufen. Als der Vorsteher Naumann hierauf zur Tagesordnung übergehen wollte und dem Stadtv. Wagner, der noch nicht fertig war mit seinen Ausführungen, das Wort entzogen wurde, verließen die linken Stadtverordneten auf Aufforderung des Stadtv. Wagner geschlossen den Saal. Nachdem Vorsteher Naumann festgestellt hatte, daß man durch die zurückverbliebenen 18 bürgerlichen Stadtverordneten nicht mehr beschlußfähig war, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Und nun begann ein eifriges Telephonieren nach einzelnen bürgerlichen Sitzungsschwänzern. Und man hatte Glück: gleich drei solcher Leute und zwar die Stadtv. Kistmacher, Lehmann und Frau Schleese konnten zusammengetrommelt werden. Als nach halbstündiger Pause der Vorsteher Naumann die Sitzung mit 21 Stadtverordneten weiterführen wollte, war dem Stadtv. Lusmann doch ein Zweifel über die rechtliche Zulässigkeit dieses Geschäftsordnungsverfahrens aufgestiegen und er schlug vor, die Sitzung zu schließen und eine neue Sitzung einzuberufen. Nach kurzer Beratung schloß man sich diesem Vorschlag an und vereinbarte, am Dienstag, den 20. Juni, eine neue Sitzung anzuberaumen. Die Linke hat durch ihre Maßnahme einmal gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, sich von den Bürgerlichen breitschlagen zu lassen. Mögen sich das diese Herren merken!

Sozialdemokratische Partei (S.P.D.)
Ortsverein Merseburg.

Ueber

Genua und die Sozialdemokratie

spricht am **Dienstag, den 20. Juni,** abds. 7 Uhr der

Gen. Rudolf Wissel
im **„Tivoli".**

Genosse Wissel war Mitglied der deutschen Delegation in Genua.

Holt Euch Aufklärung aus berufenem Munde.

Sorgt für Massenbesuch!

Der Vorstand.

Merseburg. Ueberfahren. An der nun schon fast berüchtigten Stelle in der Weißenfelserstraße ist ein dreijähriges Kind des Arbeiters Schmidt von der Elektrischen überfahren worden. Es wurde schrecklich verstümmelt.

Zeitz. Streik in der Möbelindustrie. Die gesamte Arbeiterschaft der Klavier- und Möbelindustrie steht seit Sonnabend im Streik. Die Arbeitgeber wollen die bezahl. tariflichen Abmachungen nicht anerkennen. Durch das Abstimmungsergebnis, es stimmten ganze 24 Mann gegen den Streik, werden die Arbeitgeber zu der Erkenntnis kommen, daß die Arbeiterschaft die Taktik des hiesigen Arbeitgeberverein s überdrüssig ist und nicht mit sich spielen läßt. Es streiken zirka 800 Mann. In der Allgemeinen und Maschinenindustrie ist die Lage gleichfalls sehr ernst, dort finden am Dienstag erneut Verhandlungen statt.

— Allerlei. Am nächsten Freitag, den 23. Juni, findet in der „Guten Quelle" eine Mitgliederversammlung statt. Wegen der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen Pflicht eines jeden Genossen. Landtagsabgeordneter Genosse Drescher ist als Referent gewonnen worden. — Am Donnerstag findet die nächste Stadtverordnetensitzung statt. Die Vorstandssitzung am Tage vorher fällt aus. — Das Notgeld für den Landkreis Zeitz tritt am 30. Juni außer Kurs. — Während am Tage des Abtretung von Oberschlesien, am 17. Juni, die staatlichen Gebäude halbmast geflaggt hatten, feierte die deutschnationale Partei in Zeitz den Tag als Sonnenwendfeier mit einem Tänzchen. — Wegen der Teuerung werden die erholungsbedürftigen Kinder in diesem Jahre während der Ferien nicht wieder nach Eisenberg gebracht werden, sondern sie werden im „Waldhaus" verpflegt. — Der Bauunternehmer K. Benkwitz wurde in Naumburg wegen Verleidung zum Meineid zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Eisleben. Die Mucker melden sich! In der hiesigen „Zeitung" steht folgende Anfrage: An die Verwaltung des Stadtbades. Besteht nicht die Möglichkeit, Stunden am Tage freizuhalten, in denen Männer ohne die Gesellschaft von Angehörigen des weiblichen Geschlechts baden können? Einer, der durchaus nicht prüde ist, der sich aber doch des dort zuweilen herrschenden Tones schämt. (Es war vorauszusehen! Hat schon zu lange gedauert, ehe der Angriff erfolgte. Dabei bestehen schon die gewünschten Badezeiten. Selbstverständlich ist die darin verborgene Absicht nicht zu verkennen. Das Bad ist in seiner Entwicklung vielen ein Dorn im Auge und nun muß zum Angriff geblasen werden.)

Teutschenthal. Tödlicher Unfall. Auf Kalkwerk Krügershall geriet beim Rangieren der 26jährige Albert Meyer aus Eisdorf zwischen die Puffer und erlitt tödliche Quetschungen.

Eisleben. Tödlich verunglückt ist hier der Arbeiter Karl Schnitzer aus Klostermansfeld, der während der Fahrt von einem Lastauto absprang und überfahren wurde.

Wettelrode. In einer gutbesuchten Versammlung sprach der Genosse Buchholz (Berlin) über das Thema: „Sozialismus und Kapitalismus". Die Kapitalisten zeigen den Arbeitern eine geschlossene Front. Aber tausende Arbeiter rennen den nationalen Parteien nach. Dem geschl. Kapitalisten muß die geschlossene Arbeiterschaft gegenüber stehen. Deshalb muß in jedem Orte eine Vereinigung der Arbeiterschaft bestehen; diese kann nur der soz. Partei angehören. Herr Amtsvorsteher Grünig hatte die Versammlung eröffnet und schloß dieselbe mit Dankesworten für den Referenten. Auch hier marschiert der Gedanke des Sozialismus.

Wittenberg. Elternbeiratswahl. Bei den am Sonntag stattgefundenen Elternbeiratswahlen erhielt in der Knabenbürgerschule die bürgerliche Liste 9 und die Liste der Linksparteien 6 Sitze, in der Mädchenbürgerschule die Bürgerlichen 11, die Linksparteien 7 Sitze und in der Elternvorstadtschule die Bürgerlichen 11 und die Linksparteien 2 Sitze. Von den Linksparteien sind also folgende Kandidaten gewählt: In der Knabenbürgerschule: Chemnitz, Frau Mehl, Breitag, Müller, Frau Schmidt und Kirchmann; in der Mädchenbürgerschule: Oberbeck, Haufigk, Trabitz, Frau Schulze, Sauerwein, Frau Rothe und Weidemüller; in der Elternvorstadtschule: Bodenbach und Schmidt. Die Wahlbeteiligung war in allen Schulen eine minimale.

Herzberg. Beim Baden im Juesteich ertrank ein hier zu Besuch weilender junger Mann.

Provinz-Chronik.

Der Bär gefangen. Der hier schon seit einiger Zeit bei Calbe a. d. S. herumstreifende Bär ist jetzt endlich in der Wedlitzer Flur vom Jagdpächter erschossen.

Eine unsinnige Wette hatte in Osterwieck schlimme Folgen: Mehrere radelnde junge Burschen wollten sich gegenseitig im Schnellfahren überbieten und schlossen dazu eine Wette ab. Einer von ihnen kam zu Fall und war sofort bewußtlos, wahrscheinlich infolge einer Gehirnerschütterung.

Ein Liebespaar hat durch Ertrinken in der Mulde bei Jerisau seinem Kummer ein Ende gemacht. Man fand die beiden eng umschlungen und mit Stricken zusammengeschnürt.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: i. V. Karl Garbe, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Karl Garbe, für Provinzielles und Allgemeines: Alfred Strauß; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Stadt-Theater

Dienstag, den 20. Juni
Anf. 7½, Ed. Uhr 10½
Alt-Heidelberg
Schauspiel
von Meyer-Förster
Mittwoch
Rigoletto

Auktion.

Am 21. u. 22. ds. M. vorm. 9 Uhr werden auf dem hies. Empfangsschuppen die **herrenlosen Güter** öffentl. meistb. geg. Barzahl. versteigert u. zwar: **Stoffe, Bettbezüge, Kaffee, ein Faß Kunsteiseifefett etc.**

Staatsb. Güterabf.

Stellen finden

2 kräftige, tüchtige
Arbeiter
für Dauerarbeit stellt ein
Holzhandlung.
Dessauer Straße 51.

Vermischtes

Pianinos
Nußbaum u. schwarz, aus nur allerbestem Material empfiehlt zu billigen Preisen
Albert Hoffmann,
Am Riebeckplatz.

Portemonnaies
in Leder, billigst
Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur
Schmeerstraße 19.

Leder-Sport-Gürtel
in 6 verschiedenen Farben
40 mm breit 85.00 Mark,
30 mm breit 65.00 Mark,
J. Rautenberg,
Leipziger Str. 87 Große Brauhausstraße.

Küchen und Schlafzimmer
sowie einzelne Möbel jeder Art liefert
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstraße 26.

Weißenfels. Weißenfels.

Kampfwoche
gegen Schund u. Schmutz in Wort u. Bild.

Montag: 3 Uhr, Eröffnung d. Buchausstellung.
8 Uhr, „Neue Jugendarbeit" Vortrag Dr. Bacher. Halle, Lauteniieder, Walter Kretschmar (Aula Oberrealschule).
Dienstag: 8 Uhr, Unterhaltungsabend (Adler u. Falken) Schumanns Garten.
Mittwoch: 4 Uhr, Spielnachmittag für die Schuljugend (Badwiese).
½8 Uhr, Unterhaltungsabend (Badwiese)
Donnerstag: ½6 Uhr, Freilichtspiel (Badwiese).
8 Uhr, Lichtbildervortrag. Thielsen, Merseburg (im Schützen).
Freitag: ½8 Uhr, „Kampf der Jugend". Vortrag Fr. Riebold. Dresden (Schützenhaus)
Sonnabend: ½4 Uhr, Unterhaltungsnachmittag für Kinder (Eingangshaus).
½8 Uhr, Unterhaltungsabend für Erwachsene (Volkshaus).
ab 11 Uhr, Sonnenwendfeiern rund um Weißenfels.
Sonntag: 4 Uhr, Jugendwiese. (Höhlichen am Kreuzhaus).

Arbeitsgemeinschaft der Weißenfelser Jugend.

Deckt Euren Bedarf an Büchern, Papier u. Schreibwaren
in **Eurer** Buchhandlung,
in der Buchhandlung der **Volksstimme**
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Gebhardt-Eiweiss-Kakao
ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten erster ärztlicher Autoritäten stehen unserem Fabrikate zur Seite.
Verlangen Sie ausdrücklich **Gebhardt-Eiweiss-Kakao!** in allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Versandstelle Gr. Steinstr. 36 2. Gebäude. Fernruf: 4841.
Georg Gebhardt & Co., Halle-Saale.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung.

Auf Grund § 77 der Reichsgewerbeordnung und des § 46 der Bestimmungen des Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg vom 1. Dezember 1917 über die Anstellung und die Pflichten der Bezirksschornsteinfeger wird im Einvernehmen mit dem Magistrat und nach gutachtlicher Anhörung der Beteiligten hiermit angeordnet, daß zu den durch die Polizeiverwaltung im Einverständnis mit dem Magistrat festgesetzten Schornsteinfegerlöhnen (siehe Nachtrag-Polizeiverordnung vom 27. 12. 1921 zur Polizeiverordnung vom 21. 4. 1920) für alle Bemühungen der Bezirksschornsteinfeger vom 1. Juni 1922 ab bis auf weiteres ein **Teuerungszuschlag von 75 vom Hundert** zu entrichten ist.

Halle, den 15. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung.

Amtliche Bekanntmachungen Eisleben.

Gesundheitsfürsorge für Kriegerhinterbliebene.

Die Gesundheitsfürsorge für Kriegerhinterbliebene übernimmt die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Es besteht freie Arztwahl. Vor Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe ist ein Krankenschein, ähn ich wie bei den Krankenkassen, von der Fürsorgestelle in Empfang zu nehmen. Dieser Schein ist dem behandelnden Arzt zu übergeben. Der Krankenschein wird jedesmal nur für die Dauer eines Monats ausgestellt. Nach Ablauf des Behandlungsmonats kann die Fürsorgestelle, falls die Behandlung nicht bereits abgeschlossen ist, einen weiteren Schein ausstellen.

Kriegerhinterbliebene, die einer Krankenkasse angehören erhalten den Krankenschein nicht. Für sie hat die Krankenkasse einzutreten.

Die Kosten für Operationen und sonstige außergewöhnliche Maßnahmen werden, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist, auf Grund des Krankenscheins nicht übernommen, sondern sind besonders zu beantragen.

Die gleiche Gesundheitsfürsorge soll auch für die Kriegsbeschädigten eintreten, die über 66⅔% erwerbsbeschränkt sind, insofern sie keine Erwerbsinvalidenrente erhalten und dadurch bei Arbeitslosigkeit auch nicht gegen Krankheit versichert sind, soweit es sich um andere Leiden handelt als um ihr Versorgungsleiden.

Nehmen Kriegerhinterbliebene oder die vorstehend angeführten Kriegsbeschädigten ohne den Krankenschein von der Fürsorgestelle ärztliche Hilfe in Anspruch so werden die Kosten von der Fürsorgestelle in keinem Fall übernommen. Sämtliche Aerzte im Stadtkreis Eisleben sind hiervon in Kenntnis gesetzt worden.

Eisleben, den 16. Juni 1922.

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im Stadtkreis Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben

Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung, Herrenstraße 10, II. **a) Arbeitsuchende:** 1 Aufseher 1 Flurhüter, 1 Hofmeister, 20 Geschirrführer, verh., Gutsschlachter, verh., Gutsschmiede, verh., Tagelöhner, verh., Oberschweizer, verh., 2 Jungens, 14 und 16 Jahre. **b) Offene Stellen:** Unterschweizer, Eleven. Knechte, ledg., Landarbeiterinnen, Schulkinder, täglich, Burschen für alle landwirtschaftl. Arbeiten.

Abteilung für Behrlinge (Landratsamt, Zimmer 6). **a) Stellensuchende:** Maurer, Optiker, Schlosser, Schuhmacher, Zimmerer. **b) Offene Stellen:** Bäcker, Dachdecker, Elektriker, Friseure, Gerber, Gärtner, Installateure, Holzbildhauer, Klempner, Polsterer und Dekorateur, Maler, Sattler, Maschinenschlosser, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Tischler.

Weibliche Abteilung: Plan 7, Zimmer 4. **a) Arbeitsuchende:** Bürogehilfinnen, perfekte u. Anfängerinnen, Lehrfräulein für Geschäft, Plätterinnen, Verkäuferinnen, Waschfrauen, Wochen- und Krankenpflegerin, Mamsell für Gut, Stütze mit mehrjähr. Zeugnissen **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen aller Berufsgruppen, Hausmädchen für Güter u. für Hotels, Lehrmädchen für Herrenschneiderei, Mädchen für Stallarbeit, Mamsells für Güter, Weidenschälerinnen, Frauen zum Sächsellchen, 1 Fabrikarbeiterin, 1 Gutssekretärin, jüngere Köchin für Kurhotel, Zimmer-, Küchen- und Waschmädchen für Kurhotels.

Gewerbliche Abteilung, Herrenstr. 10. **a) Arbeitsuchende:** Bildhauer, Bürogehilfen und Kontoristen, jg., Chauffeur, Fleischer, Invaliden für leichte Arbeit, Lithograph und Zeichner, Polsterer und Dekorateur, Sattler, selbständig. **b) Offene Stellen:** Bäcker, Berg- und Hüttenarbeiter, Dachdecker, Drucker, Buchdrucker, auswärts, Erdarbeiter, Friseure, Geschirrführer, Holzbildhauer, Kellner, jg., Köchjunge, Klempner, Maler, Maurer, Schneider, Schmiede, Schlosser, Schuhmacher, Stellmacher, Tischler, Zimmerer.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Zahnleidende **Flußsaure** Fowler-Seife
habe ich durch Gebrauch von Obermeier's Mundwasserseifeflüssig, welches bei Halle alle anderen angewendeten Mittel vorzuziehen. Postaff. 9. 10. 19. Bei Rachenkatarrh ist Fowler-Seife besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Meiner werten Kundschaft teile ich hierdurch mit, daß ich trotz des Brandes **meinen Geschäftsbetrieb in vollem Umfange aufrechterhalten werde.**
Ernst Schubert,
Mühle u. Dampfdickerei, Crumpa.

Soeben erschien: Das
Gesundheitsbuch der Frau
mit besonderer Berücksichtigung des geschlechtlichen Lebens
von **Alfred Grotjahn**
ordentlicher Professor der Hygiene an der Universität zu Berlin.
Preis dieses Buches geb. M. 28
zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volksstimme", Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Kapitalien, Darlehen
vermittelt **Grützner,**
Merseburg a. S., Breitestr. 16
3 Mk. Rückp. erbeten.

Bei Dürrenberg ländl. Gehöft, 36 Morgen sofort zu verkauf., oder zu verpachten.

„Wenn zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut. Mitesser.
Pickel
Pusteln usw. Spezialarzt Dr. D." Dazu Zucker's-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie u. Friseurgeschäften erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220619-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Ortsvorstand Halle a. d. Saale. Heute abend 7 Uhr im Parteibüro sehr wichtige Vorstandssitzung. Pünktliches Erscheinen dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Arbeiterjugend. Am Dienstag, abends ½8 Uhr, findet im Mozartheim, Weidenplan 20, eine allgemeine Mitgliederversammlung sämtlicher Gruppen statt. Eine äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Die Peißnitzveranstaltung fällt aus. Kommt alle!
Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend. Die Kommission zur Vorbereitung für Zeitz tritt Dienstag, abends 6 Uhr, vor der Mitgliederversammlung im Mozartheim zusammen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend Halle, Gruppe Zentrum.

Unser 1. Unterhaltungsabend

findet Donnerstag, den 22. Juni 1922, im Jugendheim, Weidenplan, statt. Eltern und Gönner sind hierzu besonders herzlich eingeladen. Beginn 7 Uhr. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Die Gruppen-Leitung.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, den 19. Juni 1922.

Tarifstreit im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit:

Seit einigen Monaten befinden sich die Versicherungsangestellten ohne tarifliche Regelung. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß die Gehälter durch den Reichstarif festgesetzt werden müssen, während die Angestellten die tarifliche Regelung verlangen. Die geldlichen Sätze des Reichstarifes waren am 30. April abgelaufen, eine Neuregelung konnte nicht erzielt werden, sodaß die Forderung der Arbeitgeber auf reichstarifliche Regelung nicht gerechtfertigt ist. Dieses hat auch der hiesige Schlichtungsausschuß anerkannt, auch die im Reiche befindlichen örtlichen Schlichtungsausschüsse haben sich für Mai durchwegs für zuständig erklärt.

Den hallischen Versicherungsangestellten wurden für den Monat Mai 80 Prozent auf die Dezembergehälter durch Schiedsspruch zugesprochen. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß es eine feststehende Tatsache sei, daß die Teuerung um 100 Prozent und mehr gestiegen ist. Für die Angestellten bedeutete dieser Schiedsspruch eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, trotzdem nahmen sie ihn an.

Die Arbeitgeber, die dem Schlichtungsausschuß in bewegten Worten dargelegt hatten, daß sie volles Verständnis für die Not ihrer Angestellten besitzen und daß sie gerne dazu beitragen, den Wirtschaftsfrieden aufrecht zu erhalten, lehnten diesen Schiedsspruch ab. Damit bewiesen die hallischen Versicherungsdirektoren, daß das ständig von ihnen vorgetäuschte soziale Empfinden ihren Angestellten gegenüber nur eine leere Phrase ist. Wenn sich demnächst Komplikationen ergeben, so tragen sie dafür die volle Verantwortlichkeit. Vorläufig ist die Allgemeinverbindlichkeit des Schiedsspruches beantragt. Wird dieser nicht schnellstens stattgegeben, dann dürfte es mit der Geduld der Angestellten zu Ende sein.

Die neuen Beiträge zur Angestellten-Versicherung.

Im Reichsgesetzblatt wird jetzt das vom Reichstag am 31. 5. beschlossene Gesetz über die vorläufige Umgestaltung der Angestellten-Versicherung veröffentlicht. Hiernach ist die Versicherungshöchstgrenze vom 1. Juli 1922 ab von 30 000 auf 100 000 Mk. erhöht worden. Bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 Mk. bleiben die alten, bekannten Beitragssätze bestehen, neu sind die folgenden Gehaltsklassen und Beitragssätze:

30 000— 50 000	Jahresarbeitsverdienst	60 M. Beitrag, Klasse N.
50 000— 75 000	Jahresarbeitsverdienst	80 M. Beitrag, Klasse O.
75 000—100 000	Jahresarbeitsverdienst	110 M. Beitrag, Klasse P.

Ein sehr großer Teil der Angestellten wird somit wieder versicherungspflichtig.

Wieder versicherungspflichtig werdenden Angestellten werden die Kalendermonate der Zwischenzeit (also Zeitpunkt des Ausscheidens, weil über 30 000 Mk. bis Ende Juni) als sogenannte Ersatztatsachen für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft angerechnet.

Befreiungen der Angestellen von der eigenen Beitragsleistung die auf Grund der bisherigen Gesetze infolge abgeschlossener Lebensversicherung ausgesprochen sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen.

Neue Befreiungen erfolgen nur noch, wenn die Angestellten beim Eintritt in die erste versicherungspflichtige Beschäftigung das 30. Lebensahr überschritten und eine ausreichende Lebensversicherung mindestens 3 Jahre laufen hat.

Wir empfehlen, in Zweifelsfällen gehn die Ausgabestellen, in Halle auch der Revisionsbeamte (Burgstraße 4), Auskunft.

Schöffengericht.

„Geschwindigkeit ist keine Hexerei."

Der 22jähr. Arbeiter Kurt Geißler stahl Anfg. Febr. d. J. aus dem elterlichen Garten eine Anzahl Obstbäume, verkaufte sie an Gartenbesitzer der Kolonie Halle-Nord, um sie ihnen nach einigen Tagen wieder abspenstig zu machen. Trotzdem ihn verschiedene Leute gesehen (darunter auch zur Verhandlung erschienene Zeugen), als er sich am Abend vor jener Nacht, da die Bäume aus dem und jenem Garten wieder verschwanden, bei gen. Kolonie verdächtig umhertrieb und sich sogar vor einem seiner Abnehmer verkroch, versucht er hartnäckig, seine Unschuld nachzuweisen. So will er als Beinverletzter nicht eine hohe Umzäunung überklettern können, verschweigt aber, wie die lange Leiter eines Gartenbesitzers (die am Zaun angelehnt gewesen) in einen and. Garten geraten ist. Dann will er eine Kutscherstelle in einem Kasseler Sanatorium vor den Diebstahlstagen angetreten haben. Als er vernehmen muß, daß der betr. Arbeitgeber in der komm. Vernehmung als seinen Antrittstag den 15. Febr. 21 (d. i. nach den Diebstählen) unter Eid angegeben, stellt G. diesen Mann als einen nicht ernstzunehmenden Nervenkranken hin. — Der Angeklagte will es wiederum zur Vertagung kommen lassen, doch hat ihn das Gericht durchschaut und verurteilt ihn wegen der schweren (Rückf.-) Diebstähle zu 1 Jahr Gef.

„O heilige Justitia!" — Bielversprechender Nachwuchs.

Der immerhin s. Zt. schon fast 22jährige Referendar Paul Walther und sein Freund, der Rechtskandidat Stöter, hatten (außer anderen Personen) am Abend des 13. Febr. 1921 in einem Lokal der Friedrichstraße (Stadttheaternähe) schwer gezecht — so St. nach eig. Geständnis 23 Glas Bier und ¾ (?) Liter Kognak — und dabei den „akademischen" Höllenlärm nicht vergessen. — Der über der Wirtschaft wohnende Mieter holte, weil er durch das Betragen „gebildeter Jünglinge" (ebenso wie seine Angehörigen) öfters um den so nötigen ruhigen Schlaf gekommen war, polizeiliche Hilfe, die dann auch gegen ½1 Uhr nachts an die Räumung des Lokals ging. Statt nun, wie man es von zukünftigen „republikanischen Richtern" annehmen sollte, die Aufforderungen der drei Pol.-Beamten zum Verlassen der Wirtschaft sofort zu befolgen, zogen es die Angeklagten vor, sich in aktiver Weise an dem Streit des Wirts, seiner Frau und Tochter mit den Beamten zu beteiligen. W. widersetzte sich seiner Entfernung durch Festklammern am Billard. Er will betont haben, daß er seinen im Hofe befindlichen Freund St., der betrunken sei, mitnehmen müsse? In Wahrheit war St. draußen, und als man seinen Kumpan an die frische Luft befördert und mit zur Wache (Margaretenstr.) nehmen wollte, widersetzte sich St. nach Kräften dieser Mitnahme, zog aber schließlich den Kürzeren. — (Die beiden „Heldensöhne" haben sogar versucht, die beiden mitwirkenden Schupobeamten „zur Strecke zu bringen", weil sie von diesen mit Recht nicht mit Handschuhen angefaßt worden sind, bzw. sie eines Falschdiebes zu überführen. Diese Versuche sind mißlungen!) Mit der für ihren gewählten Beruf notwendigen Zungenfertigkeit versuchten die Angekl., die Vorgänge als ziemlich harmlos, einige Zeugen als befangen hinzustellen. — Die beiden „Teutschen" werden schließlich —. wegen längeren Verbleibens in der Wirtschaft und Widerstand gegen die Staatsgewalt, St. wegen Beamten-Nötigung — zu je 1000 Mark — eintausend Mark — Geldstrafe oder 10 — zehn — Tage Gefängnis verurteilt. — Dagegen beabsichtigen die Zwei Berufung einzulegen, was freilich gutes Recht jedes Staatsbürgers ist!

„Fuhrmann Henschel" im Stadttheater.

Am 15. November wird Gerhart Hauptmann 60 Jahre alt. In einem schönen Aufruf hat zu Beginn dieses Jahres der Reichspräsident angeregt, diesen Tag im ganzen deutschen Volke würdig zu begehen. Breslau rüstet sich an drei Stellen, im Stadttheater, im Lobetheater und in der Jahrhunderthalle, zwei Wochen lang Festspiele zu geben. Hauptmanns Meisterwerke sollen dort in Meisteraufführungen dem Volke geboten werden.

Als Vorfeier brachte uns gestern das Stadttheater eine gute Aufführung des naturalistischen Dramas „Fuhrmann Henschel". Das Stück hat seine Unverweltlichkeit schon oft bewiesen. Gestern geschah es von neuem, wenn auch manches zu breit erscheint. Einige Längen im 2. Akt ermüden. Die Tempi müßten da doch etwas flotter genommen werden, sodaß man die Aufführung in einen Rahmen von 2½ Stunden spannen könnte. Gestern waren es beinahe 3¼ Stunden geworden. Den Erfolg des Abends bestritten Teuscher und Paula Theiter. Ich habe Teuscher seit seinem „College Crampton" nicht wieder so gut gesehen als gestern. Er spielte nicht Bassermann oder Georg Engels oder Wegener; aber sein Henschel war ein schönes Geschenk; aber leise drängte sich schon ein Zuviel hervor. Man mußte mit dem Unsäglichen fühlen, wie er um sein Bestes, um seine Familienehre, betrogen wurde. Paula Theiter übertrumpfte als Hanne ihren Mitspieler noch an Naturalismus und Realistik. Sie fand für die rachsüchtige und moralisch niedrig stehende Person den richtigen Ausdruck, allerdings manchmal zu sehr in die Ohren gellende Naturlaute. Aber alle ihre Stimmungen und Regungen kamen von innen heraus, nicht als Konstruktion, sondern als Natur. Schiele war als Wermelskirch um einige Nuancen zu komisch, Hartwig war als Pferdehändler Walther gut, sprach aber slowakisch, nicht schlesisch. Zu erwähnen sind noch Emil Berger als Siebenhaar, der sich in der Rolle nicht allzu wohl zu fühlen schien, Rohleder und Heniel, die die kleinen Rollen des George und Franz gut vertraten. Mit der üblichen kräftigen Charakteristik gab Hermine Ziegler die Frau Wermelskirch, Trude Horn den Zappelphilipp von Franziska.

Die spärlich gesäte Zuhörerschaft verließ sichtlich ergriffen das Haus. Eugen Teuscher und Paula Theiter wurden gerufen.
H. G.

Walhalla-Varieté-Theater.

Ausgewählte Musik, darunter ein von Kapellmeister A. Richter selbstverfaßter, beachenswerter „Foxtrott chromatique" leiten zu den musikalischen Improvisationen, ausgeführt durch Cello und Bandonion (May und Armand Marcell) hinüber. In einem Klassik-Akt bringt Margot Becker erstaunliche turnerische Leistungen, und Fred Parker hält durch verwegene Gleichgewichtskünste die Zuschauer in Atem. Und dann kommt ein zwölfjähriger Bub auf die Bühne, Alfred Waldi, und offenbart sich als Xylophonvirtuos bester Qualität. Doch der Schlager dieser Abteilung ist sicher Professor Hawkins mit einer Rudel dressierter Hunde. Huma, der Wunderhund, legt die Buchstaben des nächsten Konferenzortes (Haag) zusammen und weiß, daß auch dort nichts Ersprießliches herauskommt. Auf eine diesbezügliche Frage weist er den Zuschauern eine leere Karte vor. Der Beifall ist endlos. Fred Eblawi eröffnet als Verwandlungskünstler die zweite Abteilung und verblüfft durch Gewandtheit in der Umkleidung. Sämtliche fünf Rollen seines Schauspiels „Eine Minute zu spät" spielt er selbst. Den größten Eindruck erzielt er durch seine „Darstellung berühmter Komponisten". Geschickt weiß er durch Habitus und Geste recht bedeutende musikalische Größen an sich und in sich zu assimilieren. Richard Rauh bringt feingeschliffene, gut ausgefeilte politische Satyren in Kupferform. Bei den Exzentrikern Hill und Hull wird das Publikum in zwerchfellerschütternder Weise mitgenommen, zumal man bei einzelnen Szenen nicht weiß, ob der in allen Ecken umherfliegende menschenähnliche Gegenstand tatsächlich ein Mensch oder eine Puppe ist. Die „Neueste Wochenschau" über Sport und Politik beschließt den Abend, der allen Anforderungen des modernen Varieteebetriebes entspricht und das vorige Programm an Qualität bedeutend übertrifft.
r. w.

Sonntagskarten. Vom 24. ds. Mts. ab werden versuchsweise und widerruflich die Sonntagsrückfahrkarten von Halle (Saale) nach Bad Kösen oder Freyburg (Unstrut), Dornburg (Saale), Laucha(Stedt), Leißling und Naumburg (Saale) und von Merseburg nach Bad Kösen oder Freyburg (Unstrut), Leißling und Naumburg (Saale) zur Benutzung für die Hinfahrt bereits am Sonnabend nachmittag mit Zug 880 (Halle ab 3.48 nachm., Merseburg ab 4.09 nachm.) zugelassen.

Ein tiefbedauerlicher Unglücksfall, der einem siebenjährigen Knaben das Leben kostete, ereignete sich am Sonnabend nachmittag an der Straßenkreuzung am Mühlweg. Ein die Wettiner Straße herunterkommender junger Radfahrer, der schon so oft verurteilten Unsitte huldigend, ein Kind mit auf dem Rade zu fahren, fuhr in einem von der Bernburger Straße kommenden Straßenbahnwagen. Der Knabe war sofort tot. Der Radfahrer wurde am Kopfe stark verletzt. Der bedauerliche Vorfall ist eine ernste Warnung gegen den Leichtsinn, Kinder auf dem Rade mitzuführen.

Die Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen beendete am Sonnabend die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner. Festgesetzt wurden für den Teuerungszuschuß folgende Sätze:

bei einem Schwerbeschädigten bei Minderung der Erwerbsfähigkeit	50 bis 80 Proz. 500 M.
für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb nicht ausüben kann	1000 „
bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 Proz.	750 „
für eine Witwe	500 „
für eine nur auf Rente angewiesene erwerbsunfähige Witwe	700 „
für eine waiserlose Waise	250 „
für eine elternlose Waise	300 „
für einen Elternteil	300 „
für ein Elternpaar	500 „

außerdem erhält der Schwerbeschädigte für jedes versorgungsberechtigte Kind 200 Mark. Für Empfänger eines Uebergangsgeldes einer Witwenbeihilfe und eines Hausgeldes soll der Betrag von 320 auf 450 Mark erhöht werden. Die Teuerungszulage für das Sterbegeld wurde auf 200 Proz. und für die Pflegezulage sowie für den Führerhund der Blinden auf 233 Prozent erhöht. Die Sätze verstehen sich für einen Monat. In einer Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, durch eine Ausführungsbestimmung zum Härteparagraphen anzuordnen, daß auch Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 Proz. beziehen und erwerbsfähige Witwen die Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigener Bemühungen und der Mitwirkung der Fürsorgestellen eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können und ihr Einkommen neben der Rente die im § 4 genannten Einkommensgrenzen nicht übersteigt. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten. Die zweite Lesung beginnt am Mittwoch.

Stadttheater. Heute Montag, abends 7½ Uhr gelangt die phantastisch romantische Oper „Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach zur Aufführung. Dienstag „Alt-Heidelberg", Mittwoch „Rigoletto", Donnerstag „Der Zigeunerbaron", Freitag „Fuhrmann Henschel", Sonnabend „Mignon", Sonntag abend „Der Zigeunerbaron".

Johann Strauß Konzert. Die Leistungen des Wiener Meisters sind in Halle bekannt. Immerhin ist es interessant zu hören, was die Hamburger Nachrichten über sein dortiges Konzert am 8. März schreiben: „Er elektrisiert seine Musiker und Zuhörer. Er reißt einen mit sich fort, ob man will oder nicht." Karten bei R. Koch, Alte Promenade 1 a.

Mitteldd. In der kommenden Woche werden vom Philharmonischen Orchester folgende Konzerte ausgeführt: Dienstag früh 7—8 Uhr „Sinfonische Morgenmusik" mit verstärktem Orchester unter Leitung des Gastdirigenten Benno Plätz (die Vortragsfolge enthält Werke von Gluck, Heinecke und Beethoven). Dienstag von 4—6½ Uhr Nachmittags-Konzert; Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 7—8 Uhr Frühkonzert; Mittwoch von 8—10½ Uhr Abendkonzert unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer; Freitag von 4—6½ Uhr Plätz-Konzert mit verstärktem Orchester unter Leitung des Gastdirigenten Benno Plätz. (Siehe Anzeige.)

Zoologischer Garten. Am Donnerstag nachmittag von 4—6½ Uhr und abends von 7½—10 Uhr konzertiert das Philharmonische Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer. Auf dem Schaustellungsplatze finden täglich Vorstellungen mit A. Frohns dressierten Seelöwen statt. (Siehe Anzeige.)

U.-T.-Theater, Leipzigerstraße. Der zweite Teil des großen Abenteuerfilms „Die Abenteurerin von Monte Carlo", betitelt „Marokkanische Nächte" führt die Zuschauer wieder in die Spielhölle von „M.-C.", wo die angebl. Mordtat des Mr. Stanley bekannt wird. Sodann erfolgt dessen Verhaftung in Barcelona kurz vor der Abfahrt nach Marokko, mit ihm wird sein treuer Ali festgehalten. Doch den Bemühungen der mitgenommenen Frau des Rivalen Rimay und des vorausgefahrenen Prinzen Monferino gelingt es, mit Hilfe des Freundes der Fa de Jong, Ali den Rassid (nebst Sohn) der bedrängten Besatzung der de Jongschen Gruben die Waffen und damit Rettung zu bringen. — Herrliche Naturaufnahmen der Gegend von Tetuan (Marokko), Kamelkarawanen, verwegene Ritte und Ueberfälle werden gezeigt. — Der dritte Teil des Werkes wird den Abschluß mit dem Prozeß gegen Stanley bringen. — Ein Filmfaktor „Der Sieg der Kraft" handelt von den verwegenen Leistungen eines Kraftmenschen, der allerdings auch einmal unterliegt. — Der Fall des Fabrikanten Stoan, dem die Geheimakten einer staatl. Pulverlieferung nebst den Fabrikationsverfahren von den Helfern der Konkurrenz abgegaunert sind, wird durch die Leistungen eben jenes „Gewaltigen" zu einem glücklichen Abschluß gebracht. — Der Film regt durch seine sensationelle Aufmachung stellenweise zu großer Heiterkeit.

Wetterbericht vom 18. Juni, früh: Das nördliche Tiefdruckgebiet hat südostwärts an Ausdehnung gewonnen und veranlaßt in Wechselwirkung mit dem westlichen Maximum in Deutschland vorwiegend wolkiges bis trübes, etwas kühleres Wetter, doch für die gefallenen Regenmengen meist nur gering geblieben und dürften es auch weiter bleiben. Mit dem später wachsenden Einfluß und dem Vordringen des westlichen „Hoch" ist ein mehr und mehr erfolgendes Aufheitern des Himmels und ein Wiederaufsteigen der Temperatur zunächst zu erwarten, worin am Mittwoch wegen des Vorüberziehens einer neuen Depression noch eine Unterbrechung entstehen kann.

20. Juni (Dienstag): Abwechselnd heiteres und wolkiges, vorwiegend trockenes Wetter. Nachts etwas kühl, Tag etwas wärmer.

21 Juni. (Mittwoch): Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas wärmer, Gewitterneigung, strichweise Regen.

Literatur.

Ein Schwimmbuch für alle. Immer mehr locken Fluß- Strom und See- hinaus zum freiesten und gesündesten Sport, der dem Körper in der Arbeit an sich selbst Erfrischung und Kräftigung spendet und das Herz mit freudigster Lebensbejahung erfüllt. Ein neuartiges Buch „Das Schwimmen", das soeben in Franckhs Sportverlag, Dieck & Co., Stuttgart, erschienen ist (Preis etwa geb. 35 M., geb. 48 M.), darf sich als guter und gewissenhafter Führer für alle diejenigen bezeichnen, die sich den erfrischenden Fluten anvertrauen und dort in sportlicher Betätigung weiterbilden wollen. Alle Gebiete des Schwimmens, Springens und Tauchens, das Wasserspiel und das Rettungsschwimmen werden von den Verfassern, dem Vorsitzenden des Deutschen Schwimmverbandes, Dr. H. Geisow, und dem Geschäftsführer des gleichen Verbandes, Ernst Karoß, eingehend und fachmännisch besprochen. Packende Bilder im Text wie auf Kunstdrucktafeln werden auch die „Wasserscheuen" sofort gewinnen! Professor Ludwig Hohlwein, München, zeichnete das geschmackvolle, farbenfrohe Umschlagbild.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220619-19/fragment/page=0005

Halle
Restaurants, Vergnügungen, Kaffees

B. B.B. Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Fr. Wessling. Fernr. 1066.
Vornehme Künstlerspiele.
Auftret. von nur erstkl. Kunstkräften.

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Feinkost-Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, Konzert- und Künstlerhaus Auftreten erst. Kräfte.
Kleine Klausstraße 7. Vorzügliches Speiselokal.

Kramers Konzert- und Logierhaus,
Delitzscher Straße 2 Telephon 6190.
Täglich Künstlerkonzert.

Zimmermanns Bier- und Weinstube
Spezialität: Schoppenweine
Kl. Steinstr. 2. Telefon 3214.

Etabl. Leuchtturm beliebter Ausflugsort Mittw. u. Sonntags Ball.

A. Brinkmann, Schank- u. Speisewirtsch. Gutbürg. Mittagst. z. solid. Preisen. Jed. Freitag Schlachtefest Dessauerstr. E. Hardenb. St.

Hotel Weltkugel am Bahnh. Vorzügl. Küche, gt. Bett. Schultheiß-Ausschank, mäßige Preise

Hotel Stadt Dresden, Martinstr. 10 Br. m. Lok. t. empf. Erinn. Kl. Saal 80 bis 100 Pers. f. Fernr. 3873.

Konditorei u. Kaffeehaus August Lauffer,
Kl. Märkerstr. 10, eng. Familienaufenthalt, täglich bis abends geöffnet. Spezialität: Kinderzwieback.

Konditorei und Café „Friedrich" Fernspr. 2058
Angenehmer Aufenthalt mit vornehm eingerichteter Likör- und Weindiele.
Erstklassiges elektrisches Künstler-Pianino.

Kolonialwaren Lebensmittel

Albert Grimm Nachf.,
Steg 15. Fernrul 2238.
Kaffeerösterei. Kolonialwaren. Zuckerhandlung.

H. W. Rutschke,
Landsberger Str. 7. Telef. 6510.
Likörfabrik
billigste Bezugsquelle f. Grossisten u. Restaurateure!

Hermann Hartick, Leipziger Straße 38.
Kaffee-Rösterei. Kolonialwaren.

Ernst Ochse, Leipziger Str. 95 Telephon 6971
Kaffee-Rösterei „Merkur".
Kolonialwaren. Konserven.
Spirituosen. Waschartikel.

Edmund Sorg, Lebensmittel zu den billigsten Tagespreisen Halle, Hermannstr. 7.

Gebr. Krüger, Geiststr. 32. Kolonialw., Delikatessen Weine und Spirituosen.

Frau Schuster-Dyck, Kolonialw., Butt., Thür. Wurst, Kartoffeln, Holz, Kohlen usw. Martinstr. 17

Oskar Haeder, Kolonialwaren-Handlg. Oleariusstr. 11.

Willy Pfanne, Reilstr. 62,
ff. Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, echte Hausschlachtetwurst zu den billigsten Preisen.

Paul Schnitzk Nachf., Geiststr. 13, Inh. **Georg Weiß**
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Hallesche Rot- und Leberwurst.

Ernst Halke, Gr. Ulrichstr. 62, **feine Fleisch- und Wurstwaren.**

Paul Schulze, Fleischermeister, Teleph. 3200. Hallmarkt-Fleischzentrale. Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebrüder Reiche, Fleischermeister, Augustastr. 20. Tel. 2400. Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Ernst Hoinkis, Fernr. 3146. **Rind- und Schweineschlächterei.**

Max Reiche, Fleischermeister, Mühlgasse 7, Ia Fleisch- u. Wurstwaren

Wilhelm Müller, Ludwig-Wucherstr. 23, Teleph. 1507. Rind- und Schweineschlächterei.

E. Kirchner, Merseburger Str. 24, liefert Wurstwaren f. Wiederverkauf.

Paul Thürmer, Alter Markt 25, Ia Fleisch- u. Wurstwaren.

Gebr. Schubert,
Brotfabrik und Roggenmühle,
Merseburger Str. 102. Tel. 6675.

Hallesche Molkerei,
Glauchaerstraße 15/16.

Roßschlächtereien

Willi Größe, Gr. Steinstraße 67, Roßschlächterei und Wurstwaren.
Teleph. 1568.

Roßschlächterei Teleph. 1568.
Glauchaer Straße 75. Halle a. S., Oleariusstraße 3. Empfiehlt täglich prima Fleisch- und Wurstwaren, kaufen ständig Schlachtpferde zu den höchsten Tagespreisen. Böhlert & Comp.
Bei Notschlachtungen prompte Bedienung.

Johannes Thurm,
Älteste Roß-Groß-Schlächterei der Provinz Sachsen.
Gegründet 1863. Fernsprecher 6518.
Empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren in schmackhafter und sauberster Zubereitung. Schlachtpferde kaufe jederzeit zu höchsten Preisen. — Notschlachtungen werden schnellstens abgeholt durch Auto.

Hermann Quandt,
Groß-Roßschlächterei,
Langestraße 2. Telefon 1156
empfiehlt immer nur Ia Fleisch- u. Wurstwaren. Schlachtpferde kauft zu höchsten Preisen. Bei Notschlachten schnellste Abholung durch Auto.

Groß-Roßschlächterei
Max Zaubitzer,
Steinweg 52. Tel. 3515.
Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Güte. Kaufe ständig Schlachtpferde zu höchsten Preisen. Bei Notschlachtungen schnellste Bedienung.

(Seite A)

Geschäftliche Rundschau mit Dauer-Fahrplan. (Musterschutz.)

Nachstehende Dauer-Inserenten legen Wert auf Kundschaft aus dem werktätigen Volke.

Endepols & Dunker verkaufen billigst selbstverfertigte Kleidung, d. h. direkt vom Hersteller an den Verbraucher.

Leonhardt & Schlesinger, Eisenwaren, Haus- u. Küchen-Geräte, Große Ulrichstraße 13/15.

Kaffee Roland, Marktplatz. — Täglich Künstler-Konzert. — Getränke aller Art.

Damentaschen, Zigarren-Etuis, Brieftaschen, Geldscheintaschen, Schulartikel, Reisekoffer, Aktenmappen etc. in la Qual. äusserst preisw. bei **Hugo Krasemann,** Nur Schmeerstraße 19.

Ohne Gewähr. **Fahrplan.** Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge Weissenfels - Halle - Bitterfeld - Berlin und zurück.

| | | abds. | W. | | |